

Revolution bis zum Sieg

VÖLKERMORD
BIS ZUM SIEG

nr 68
50 Pf
WD 60 Pf

883



EDITORIAL

Das blutige Massaker am palästinensischen Volk ist das Ergebnis des Komplotts zwischen USA, UdSSR, Ägypten und Hussein. Es ist die Konsequenz der Durchführung des Rogers-Plans. Die gemeinsame Strategie des US-Imperialismus und des Sowjet-Imperialismus zielt darauf ab, durch den Rogers-Gromyko-Plan eine Kompromissform zu finden, um den palästinensischen Widerstand zu erstickern. Die zwei Militärgötter setzen dabei auf drei arabische Regime, die sehr stark entweder vom Westen dominiert werden (Jordanien und Libanon), oder vom Sowjet-Imperialismus beherrscht sind (Ägypten). Die arabischen Marionetten wurden zu den Ausführem der Interessen der zwei Großmächte. Durch militärische und wirtschaftliche Hilfe beider Staaten wurde auf die arabischen Länder Druck ausgeübt, ihre Repressionsmaßnahmen zu verschärfen, um den palästinensischen Widerstand einzukreisen und in ihren schwächlichen Ländern von innen eine Entmobbilisierung herbeizuführen.

Die Rolle der Hauptbeteiligten Länder

JORDANIEN: Das jordanische Regime ist eindeutig beherrschend von der USA. Der einzige Weg für das Hussein-Regime war eine brutale Ausrottung des Widerstandes. Diese hat eine Radikalisierung und Politisierung der palästinensischen Massen zur Folge, die jetzt eindeutig in einem antagonistischen Widerspruch zum verhassten Haschemiten-Regime stehen.

LIBANON: Die Strategie der libanesischen Marionetten, der Kleinbourgeoisie, bestand darin, die anwachsende Einheit zwischen den Volksmassen in Libanon und dem palästinensischen Widerstand zu zerschneiden. Dazu hat sie immer zwei Hauptargumente benutzt: Entweder das konfessionelle Argument (Tren-

nung der Christen und Moslems von den Marxisten), oder, wenn das nicht ausreichte, das zweite Argument, die Aufwieglung der libanesisch-nationalen Einheit gegen die sogenannten extremistischen Palästinenser, die diese Einheit sowie die ökonomisch-wirtschaftliche Grundlage der Bourgeoisie gefährden. Diese Strategie wurde begleitet von einer propalästinensischen Demagogie. So wurde zum Beispiel der Kompromiss des Rogers-Plans den Massen dargestellt als eine Maßnahme, die die Interessen der Palästinenser berücksichtigt, natürlich in den Grenzen des Imperialismus. Die Widerstandsorganisationen bezeichnete man als extremistisch, um die totale Repression gegen den Widerstand rechtfertigen zu können.

Die Doppelrolle von Nasser

ÄGYPTEN: Im Rahmen dieser Strategie ist die Rolle Ägyptens viel komplexer. Um sie aufzudecken zu können, ist eine Analyse von Nassers Politik und Taktik notwendig, da Nasser in dem ganzen Geschehen die eigentliche Schlüsselposition einnahm. Von 1957-67 hat das Nasser-Regime de facto den Staat Israel geschützt gegen alle Widerstandsformen des palästinensischen Volkes und gegen jegliches Solidaritätsgefühl der ägyptischen Massen mit dem palästinensischen Volk. Selbst in der Phase, wo sein Prestige als anti-imperialistische Kraft einen Höhepunkt erreichte, hat er Verträge über Koexistenz-Verhältnisse mit Israel aufgestellt. Er hat eingewilligt, die Grenzen des Staates Israel zu schützen gegen den patriotischen Elan der Palästinenser die unter seiner Herrschaft standen, wie z. B. im Gaza-Streifen ca. 300 000 Flüchtlinge. Er hat seine Macht und politische Herrschaft stets aufrechterhalten, indem er die Massen mystifizierte, die Entscheidungen aber immer alleine fällt. Er war es, der die

Ziele, die Strategie und Politik seines Landes bestimmte und damit die ägyptischen Massen in einem lethargischen Zustand hielt.

Nasser war ein guter Taktiker. Er benutzte sein Prestige unter den Massen, um seine imperialistische Politik zu betreiben. Er stimmte dem Rogers-Plan zu, weil er ein unmittelbares Interesse daran hat, das von den Zionisten besetzte Sinai-Gebiet zurückzuerlangen. Seine Intervention in den politischen Kampf im Libanon und in Jordanien geschieht zugunsten der herrschenden Klasse, aber gut getarnt unter dem Deckmantel seines Prestiges, auf das er sich auch in diesen Ländern stützen kann. Zum zweiten betreibt er eine systematische Unterminierungsarbeit, d.h. er versucht, den ägyptischen Widerstand vom palästinensischen zu trennen. In diesem Sinne propagiert er die Befreiung Sinais als unabhängig vom Befreiungskampf Palästinas. Der palästinensische Kampf - so Nasser - ist Sache der Palästinenser und die "sogenannte ägyptische Sache" ist leichter zu realisieren und kann innerhalb des Rahmens des Sicherheitsrates behandelt werden. Damit trennt er den ägyptischen Widerstand vom palästinensischen und arbeitet gleichzeitig gegen diesen, indem er aus nationalistischen Interessen die Durchführung des Rogers-Plans vorantreibt. Gezielt manipuliert er die Meinung der ägyptischen Massen, indem er sie auf die Verwirklichung der Resolution des Sicherheitsrates vorbereitete als ob dieser faule Kompromiss nicht dem palästinensischen Widerstand entgegenwirkt. Drittens: Nasser gab den palästinensischen Organisationen einen offiziellen Status, um sie in den Konzern der arabischen Staaten integrieren u. damit in das Räderwerk der Kompromisse. Viertens: Durch die Hilfe des Sowjet-Imperialismus hat

er seine Armee qualitativ und quantitativ verbessert. So ist es ihm gelungen, die ägyptische Armee als ein Hauptelement im Kampf gegen den Zionismus in der arabischen Welt darzustellen. Die ägyptische Armee - so Nasser - kann die Hauptrolle spielen gegenüber dem "begrenzten" Widerstand des palästinensischen Widerstands. In der Tat hat er die Stärke seiner Armee auch demonstriert durch die Verluste, die er den Zionisten am Suez-Kanal zugefügt hat. Natürlich war Nasser sich im klaren, daß die Hauptbedingung für die Verwirklichung des Komplotts die physische Ausrottung der palästinensischen Organisationen ist. Und hier hat er sich - wie die US-Imperialisten, Sowjet-Imperialisten und Hussein auch - verschätzt, indem er nicht mit einem soviel stärkeren Widerstand rechnete. Aber er hat sich von vornherein vorbereitet, indem er seit langem durch manipulierte Informationen den palästinensischen Widerstand heruntergespielt hat, sodass es ihm heute leicht fällt das Massaker zu verharmlosen, um die ägyptischen Massen in Schach zu halten.

Die Konsequenzen des Massakers am palästinensischen Volk sind eine relative militärische Niederlage der palästinensischen Organisationskräfte aufgrund ihrer ideologischen Schwäche, aber auch eine totale politische Niederlage der arabischen Reaktion, die entlarvt worden ist. Eine politische Niederlage insofern, als das Bewußtsein der arabischen Massen an einen Höhepunkt gelangt ist, d.h. die Scheidelinie ist heute eindeutig denn je zwischen den palästinensischen Massen und der jordanischen Militärdiktatur. Das heißt also, aus der relativen militärischen Niederlage muß man einen politischen Sieg machen, und das hängt entscheidend von der Ideologie und der Organisationsfähigkeit der linken Kräfte innerhalb der gesamten Bewegung ab.

Die Arabische Klein- und Nationalbourgeoisie

Von jener war das Palästina-Problem immer eng mit den Verhältnissen in den arabischen Gesellschaften verbunden.

1968 betonte die proletarische Avantgarde des Widerstandes ausdrücklich die dialektische Verbindung des Palästina-Problems mit den arabischen Verhältnissen und deren Stellung innerhalb der internationalen Beziehungen. Gerade diese Erkenntnis hat die palästinensische Widerstandsbewegung in ihrer Gesamtheit nicht eingeschleiert, so daß sie unter einer innerorganisatorischen Krise leidet, die sie daran hindert, eine revolutionäre Strategie zu entwickeln!

Einerlei ob die militärische Konfrontation mit der jordanischen Reaktion zugunsten der faschistischen Militärs oder zugunsten der Befreiungsorganisationen endet, müssen immer noch zwei Fragen gestellt, und in der Praxis beantwortet werden:

Die erste Frage betrifft die theoretischen und politisch-organisatorischen Probleme sowie auch die der politischen Erfahrung. Die zweite Frage betrifft eine neue strategische Zielsetzung der palästinensischen Befreiungsbewegung als Bestandteil des einzuleitenden revolutionären Prozesses in jedem arabischen Land. Die verschiedenen Niederlagen können nicht mehr dem Zufall zur Last gelegt, oder in technischen und persönlichem Versagen gesucht werden. Die herrschende Klein- und Nationalbourgeoisie wird die wirklichen Ursachen nicht finden, denn das würde bedeuten, das sie sich historisch selbst aufgab!

Auch einige Führer der palästinensischen Guerrillabewegung werden sich nicht mehr drücken können vor der Analyse der innerarabischen Verhältnisse, die zur Niederlage führten.

Sie müssen sich auch über ihre eigene ideologische und organisatorische Schwäche bewußt werden und in der spontanen Massenbewegung nicht nur das Positive erkennen, sondern das Negative dialektisch erfassen und daraus Konsequenzen ziehen.

Die palästinensische Widerstandsbewegung hat nach dem 5. Juni 1967 Erfolge erzielen können, die den nationalen Befreiungskampf einige Schritte vorangetrieben haben. Einer dieser Erfolge liegt darin, daß die palästinensischen Massen sich zu organisieren begannen und sich dadurch die offizielle Politik der arabischen Reaktion nicht mehr als

die der Palästinenser erscheinen konnte. Sie hat die Legende zerstört, daß die arabischen Regierungen Palästina befreien können und wollen.

Die Rolle der regulären arabischen Armeen wurde von den Massen zum Teil erkannt!

Es ist notwendig, daß die revolutionären palästinensischen Volksmassen die Krisenerscheinungen erfahren, denn nur dadurch können solche Schwierigkeiten überwunden werden, die die Vorwärtsentwicklung klemmen. Das Anwachsen des palästinensischen Widerstandes gegen Zionismus und arabische Reaktion wird keine entscheidende Wirksamkeit erreichen ohne die koordinierte Organisierung der arabischen Volksmassen zum gemeinsamen Kampf sowohl gegen Israel als auch andere Stützpunkte des Imperialismus im arabischen Raum. Die Besonderheit der palästinensischen Revolution macht die organische Verbindung zwischen dem palästinensischen und arabischen Befreiungskampf zu einer unabhängigen Notwendigkeit zur Erarbeitung einer für das ganze Gebiet gültigen revolutionären Globalstrategie. Das Beharren auf den Besonderheiten des palästinensischen Befreiungskampfes einerseits und die Regionalisierung dieses Kampfes andererseits hatte in der ersten Phase die wichtige Funktion einer Verdünnung der offiziellen arabischen Palästina-Politik. Diese Phase ist heute überholt! Die Widerstandsbewegung muß auch heute wissen, das das palästinensische Volk den israelischen Staat und die hinter ihm stehenden Imperialisten nicht besiegen kann. Wir müssen uns revolutionäre Basen und Nachschubstationen in vielen arabischen Ländern sichern, d.h. wir müssen uns in den arabischen Staaten ein Demokratisches Vietnam schaffen!

Die arabischen Volksmassen müssen die Wahrheit über Israel, den Weltimperialismus unter Führung der USA und ihre politische, ökonomischen und strategischen Stützpunkte in den arabischen Ländern erfahren!

Die arabischen Regime betreiben eine volksfeindliche Politik, die darauf abzielt, die palästinensische Widerstandsbewegung von dem Kampf der arabischen Länder Kampf der arabischen Völker zur Befreiung ihrer Länder zu isolieren. Bevor das Roger-Komploit von der arabischen Reaktion und vom Sozial-Imperialismus akzeptiert wurde, haben die arabischen Regierungen versucht, die palästinensische Widerstandsbewegung zum Druckmittel auf

Israel und die imperialistischen Staaten zu benutzen. Dafür sind die Regime dazu bereit, einige Konzessionen zu machen. Die finanzielle Unterstützung einiger Widerstandsorganisationen durch diese Regime hat die Funktion, die Widerstandsbewegung in dem Rahmen zu halten, der diesen Regime eine Kontrolle über die Politik der Bewegung einräumt. Die arabischen Regierungen versuchen darüberhinaus durch die finanzielle Unterstützung einiger Organisationen die antagonistischen Hauptwidersprüche zu vertuschen, die zwischen ihnen und ihren Völkern bestehen. In den Augen ihrer Völker sollen diese Regierungen dadurch als die nationalen erscheinen, die die Befreiung Palästinas

unterstützen. Mit der finanziellen Unterstützung erkaufen sich die volksfeindlichen Regime das Schweigen einiger Widerstandsorganisationen. Während sich einige Organisationen gegenüber den arabischen Verhältnissen stillschweigend verhalten, können die Milliarden aus dem arabischen Erdöl in die Kassen der imperialistischen Ausbeuter, in die Taschen der zionistischen Hochfinanz fließen; wie z.B. Rothschild u.a. die einen erheblichen Anteil an den Ölkonzernen und -gesellschaften in den arabischen Ländern besitzen und die einen Teil ihrer Beute in Form von Spenden und auch Flugzeugen an Israel abtreten.



AL-DJABHA

DIE FRONT

Nr. 8 Preis: 1 DM
Jahr: 1970

Herausgeber: SOZIALISTISCHES PALÄSTINAKOMITEE HEIDELBERG
SOZIALISTISCHES PALÄSTINAKOMITEE WESTBERLIN

6900 HEIDELBERG GRAEBENGASSI 11 c/o AStA

Herausgeber: Club politikon e. V.

politikon
Göttinger Studenten-
zeitschrift

Nr. 32 Juli 1970

- Inhalt
- Eine neue Arbeiterbewegung in Italien?
 - Lucio Magri: Räte im Spätkapitalismus
 - Luciana Castellina: Die Delegiertenbewegung
 - Die Delegierten über sich selbst
 - Rezensionen

Anschluß der Redaktion:
34 Göttinger, Leonard-Nelson-Str. 29 -
Tel. 5 66 20

PIZZERIA TERZO MONDO

100
18
30
Saffmex

TEL. 315 33 8

KANTSTR 134A ECKE WIELANDSTR

VOLKSRÄTE, JERPET UND SOWJET

Wir haben betont, das in Jordanien eine Doppelherrschaft besteht, die den faktisch entmachteten Staatsapparat und die der Widerstandsbewegung. Diese Doppelherrschaft wird und kann nicht lange dauern. Das sie noch heute besteht, liegt darin, das die Organisierung der revolutionären Volksmassen in einem Anfangsstadium ist. Diese Doppelherrschaft impliziert antagonistische Gegensätze, die sich jederzeit in einer militärischen Auseinandersetzung ausdrücken können. Mit jedem Tag, mit dem die politische Lösung des Palästina-Problems herandrückt, wird die Gefahr einer solchen Auseinandersetzung größer. Die Regierung wird hierbei von anderen Regierungen unterstützt. Um aber den volksfeindlichen Plänen wirksam und erfolgreich entgegenwirken zu können, müssen sich alle nationalen und progressiven Kräfte an der Organisierung der Volksmassen beteiligen. Die revolutionäre Alternative, die sich anbietet, ist die Gründung der freien und demokratisch gewählten Volksräte.

Die Gründung der Volksräte in den Städten, in den Flüchtlingslagern und auf dem Lande ist eine notwendige Aufgabe zum Ausbau der Volksherrschaft, die sich am 10. Februar und am 14. April demonstrierte. Die Volksmassen müssen lernen, selbständig und in Zusammenarbeit mit der Widerstandsbewegung zu arbeiten. Organisiert können sie die eigenen Probleme selbstständig lösen, kollektiv handeln und die Widerstandsbewegung vor der Volksfeinde schützen.

Die Parole der gewählten Volksräte ist nach dem 14. April eine Forderung des Volkes geworden. Badshiering hat das Zentralkomitee der Volksmilizen, in dem die Widerstandsorganisationen vertreten sind, diese Parole in ihr Programm aufgenommen, das folgendes vorsieht:

- 1: Das Zentralkomitee der Volksmilizen setzt sich für den Aufbau der Volksräte in den Städten, Flüchtlingslagern und Dörfern ein. Jeder Volksrat besteht aus 51 Mitgliedern und wird demokratisch gewählt. Jedes Mitglied eines Volksrates ist wählbar.
- 2: Die Widerstandsorganisationen verpflichten sich, die Gründung solcher Volksräte zu unterstützen.
- 3: Die Volksräte übernehmen die Rolle der repräsentativen und exekutiven Organe in allen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bereichen.
- 4: Die Volksräte übernehmen die Führung der Volksmilizen in ihren Gebieten. Sie sind verpflichtet, die Volksmilizen auszubilden und zu bewachen.
- 5: Die Volksräte sorgen für die Sicherheit der Bevölkerung durch Ausbau von Schutzposten, Schützpunkten und geeignete Sicherheitsvorkehrungen.
- 6: Die Volksräte sorgen für die Gesundheit des Volkes durch Schulen- und Kulturwesen.
- 7: Die Volksräte sorgen für die Hebung des politischen und nationalen Bewusstseins der Bevölkerung in ihren Gebieten.

Es werden die gewählten Volksräte die Macht über die Widerstandsbewegung und den revolutionären Volkskampf!

Volksrat E. Volksmilizen April 1970



Besuch in Irbid

Der erste arabische Sowjet.

Ein Reporter besuchte Irbid, kurz nachdem die Fedayin in dieser etwa 150 000 Einwohner zählenden Stadt die Macht übernommen hatten. Hier ist ein Auszug aus seinem Bericht.

Als ich in Irbid ankam, war es in der Stadt erstaunlich ruhig. Die Geschäfte waren geöffnet, die Bevölkerung drängte sich wie eh und je zwischen den von Fliegen wirbelnden Ständen des Marktes, während andere Bürger vor den Kaffeehäusern saßen und ihren Café turc tranken. Die einzigen Anzeichen eines Wechsels der Situation waren die schwerbewaffneten Patrouillen der Fedayin, die in der Stadt ihre Runden machten und oft einen Polizisten mitnahmen, um den Menschen zu beweisen, daß sie den Befehlen der Stadt in Frieden auskommen wollten, wenn diese zur Mitarbeit bereit waren.

"Zahlreiche Beamte waren bereit mit uns für den Sieg der Revolution zu arbeiten" sagte uns eine junge Frau, Chemikerin von Beruf die in der Stadt als Verwaltungskommissarin eingesetzt war. "Sehen Sie selbst, wie normal die Lage ist. Jetzt sind wir es, die regieren und es geht besser als vorher." Trotz der augenfälligen Ruhe in Irbid strotzt die Stadt hinter den Kulissen vor echter revolutionärer Aktivität. Um die Stadtverwaltung zu ersetzen, hatten die Kommandos in jeder Straße Volkskomitees gebildet, die aus ihren Reihen Delegierten für den Distrikt wählten. Für den Abend wurden Versammlungen dieser Delegierten angesetzt, die dann mit Bürgern, die die palästinensische Freiheitsbewegung unterstützten und den Kommissaren der Fedayinkommandos gemeinsam Probleme der zukünftigen Stadtorganisation und Vorbereitungen zu deren Verteidigung berieten. Diese Komitees hatten die gleiche Struktur wie die örtlichen Sowjets (Räte) in den Anfängen der

russischen Revolution der Boschwicki. Sie waren eine spontane Antwort auf die lokalen Ereignisse, ohne bemerkenswerten Einfluß Moskaus oder Pekings.

"Wir haben noch nicht genügend Zeit gehabt, unsere Gedanken zu kristallisieren" sagte uns ein syrischer Arzt, Mitglied des Komitees. "Alles ändert sich so schnell, daß wir nur versuchen können, uns den Ereignissen, in der Reihenfolge ihres Geschehens, anzupassen."

Die marxistischen Führer der demokratischen Volksfront waren dagegen spürbar sicherer, wie die Geschichte weiterlaufen sollte: "Wir sind in dieser Woche Zeugen der Geburt eines ersten befreiten arabischen Gebiets," sagte uns einer der Kommandochefs. "Nennen Sie es - ich für meinen Teil nenne es so - den ersten arabischen Sowjet"

Als ich Irbid verließ, sagte im Zentrum der Stadt ein "Volkskongress". "Er beschloss, allen königstreuen Offiziellen das Betreten

der Stadt zu verbieten und alle Angriffe der jordanischen Armee abzuwehren.

Sofort nach diesem Beschluß machten sich einige 1200 Guerillas daran, am Rande der Stadt Gräben auszuheben; andere errichteten an den Ausfallstraßen Barrikaden um den Verkehr unter Kontrolle zu halten. "Wir sind bereit, hier bis zu unserem Tod zu kämpfen" sagte uns Leutnant Abu Kassai, ein palästinensisches Universitätsmitglied, etwa 30 Jahre alt. "Wir sind ein armes Land, in einem grossen Kampf, aber wir glauben an den Sieg."

"Wenn Hussein dieses Land regieren will, muß er Irbid zurückerobern" sagte uns ein westlicher Diplomat in Amman. "Keine Regierung kann einen solchen Vorgang tolerieren und dabei überleben, sie regiere noch!"

Ein anderer Journalist spricht über das Eingreifen von syrischen Truppen.

"Der Vormarsch begann noch im Schutze der Dunkelheit. Im Augenblick, da er begann, gab der jordanische Rundfunk bekannt, königliche Truppen hätten einen syrischen Panzerangriff zurückgeworfen."

Es war jedoch kein Anzeichen einer solchen Schlacht zu sehen, als syrische Panzer vom russischen Typ T 54 und schwere Artillerie bei der syrischen Grenzstadt Deraa die Grenze überschritten und in die Kämpfe in Nordjordanien eingriffen.

Die Panzer wurden aus Damaskus auf Tieflandern angefahren und erst 8 Km. vor Deraa wurden die Plänen von den Kampfmaschinen genommen.

Vom Gipfel eines Hügels außerhalb der Stadt sah ich in etwa 1,5 Km Entfernung den Wüstenrand unter dem Beschuß der Artillerie hochsteigen. Der Horizont war von Blitzen erhellt, als die schweren Geschütze der Jordanier die Nordjordanische Stadt Ramtha unter Feuer nahmen.

Man sagte mir, daß die syrischen Panzer in Richtung Jawayet und Borj-Arias fuhren. (Nordjordanien) Mehrere Lastwagenkonvoys kamen aus Richtung Damaskus und folgten den Panzern, von denen ich bei Tagesanbruch etwa 100 zählte."



OBLONOV
die Kneipe in der
Fleischerei
Charlfbg. Hauptstr. 24

gr. Bier Pf.
Schmalzbröte 30 "

CHRONIK EINER 3-JÄHRIGEN DOPPELHERRSCHAFT

1968

10. FEBRUAR - Als Folge einer heftigen israelischen Repressalie verurteilt Hussein die Aktivität der palästinensischen Kommandos. Der Innenminister gibt am nächsten Tag Masnahmen bekannt die er gegen die Fedajin ergreifen will, die "die Waffenstillstandslinie verletzen würden".

19. FEBRUAR - Der Premierminister Bahjat Talhami proklamiert die Entscheidung seiner Regierung sich der Politik aller arabischen Staaten bezüglich der palästinensischen Kommandos anzuschließen.

21. MÄRS - SCHLACHT VON KAHAMIB Diese Schlacht wurde zum Wendepunkt in der Geschichte des palästinensischen Widerstands. Zum ersten Mal leisteten die Kommandos hartnäckigen Widerstand, der der zionistischen Aggression schwere Verluste beibrachte. Die politische Konsequenz dieser Schlacht war die Materialisierung der Widerstandsbewegung im Bewusstsein der arabischen und palästinensischen Massen. Von nun an, erkämpfte Hussein, Künne und Welle er sich den Aktionen der Fedajin nicht mehr widersetzen.

1) einem israelischen "Vergeltungsplan".

15. OKTOBER - Geheime Verhandlungen zwischen Israel und Jordanien. Die Fedajin entlarven das Komplott gegen den palästinensischen Widerstand.

4. NOVEMBER - Kommando bombardieren Elilat. Der König führt eine Staatsinspektion gegen die Fedajin durch. Am nächsten Tag findet ein Kommando zwischen dem gesunkenen Fedajin (vertreten durch Amr al-Fat) und dem König in Kraft.

1969

10. APRIL - Der König erwirkt auf der Grundlage der Resolution von PRO-Bücherhersteller einen "Preis-Amman", den er in Washington vorlegt.

20. APRIL - Umbildung der jordanischen Regierung. Der König überträgt das Armeeoberkommando seinem Onkel, dem CIA-Agenten Sheriff Nusseir Ben Jamil.

DEZEMBER - Die USA veröffentlichten einen israelisch-jordanischen "Friedensplan".

1970

17. FEBRUAR - Die Regierung trifft eine Reihe von Massnahmen, um die palästinensische Bewegung zu organisieren. Daraufhin protestieren die Fedajin den Abbruchzustand und bilden ein "Vereinigtes Oberkommando der palästinensischen Widerstands" (C.O.R.P.). Zwei Tage später suspendiert Hussein die Anwendung der Massnahmen und bestreitet, den palästinensischen Widerstand liquidieren zu wollen.

22. FEBRUAR - Vertrag zwischen Hussein und al-Fatah.

11. APRIL - Die Fedajin nehmen den Kampf an der jordanischen Front gegen die Zionisten wieder auf.

KEINSISCO-BESUCH IN AMMAN

Eine Woche vor dem Besuch des amerikanischen "Vertreters" im Nah-Ost-Konflikt Joseph Sisco legte die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas (FDVPP) dem ZK der Volksmilizien einen Antrag zur Organisation von Demonstrationen, Massveranstaltungen und Protestaktionen gegen diesen Besuch vor. Das ZK der Volksmilizien befasste sich mit dem FDVPP-Antrag und beschloß, diesen Besuch zu verhindern. Der FDVPP-Antrag stütze sich auf die Ingegnung einer Sitzung des Vereinigten Oberkommandos, in dem elf Widerstandsorganisationen vertreten sind. Im Folgenden wollen wir die Praxis der revolutionären Organisation (FDVPP) darstellen, deren Rolle von der bürgerlichen Presse verschwiegen wird, um die Solidaritätskampagne der vorkommenden Linien mit der FDVPP zu schwächen:

- Am Montag des 13. Aprils befasste sich das Vereinigte Oberkommando mit dem Gesuch der FDVPP. Das Oberkommando zögerte und weigerte sich, einen eindeutigen Beschluß zur Verhinderung des Besuchs zu fassen. Die FDVPP kritisierte aus Zögern des Oberkommandos und rief die jordanisch-palästinensischen Massen auf, in Aktion zu treten.

+ Am Dienstag des 14. Aprils organisierte die Schüler und Studenten in Amman eine Demonstration, die die folgenden Parolen und Losungen der FDVPP trug:

- Heftiger Imperialist! go home
- Die amerikanischen Phantoms können unser Volk nicht terrorisieren!
- Keine Macht über die Macht der Widerstandsbewegung!
- Es leben die frei gewählten Volkskräfte!
- Die einheimische Reaktion ist ein Verbündeter des US-Imperialismus!

Zur gleichen Zeit organisierte die nationale jordanische Studenten- und Schülervereingung, die mit der FDVPP verbunden ist, eine Reihe von Demonstrationen und Veranstaltungen in der nordjordanischen Stadt Irbid.

* Am Abend des 14. April trat das Vereinigte Oberkommando der Widerstandsbewegung zusammen und befasste sich mit dem von der FDVPP entworfenen Aktionsplan. Nach langer Diskussion beschloß das Oberkommando folgendes Programm:

1. Aufruf zum Besuch Siscos.
2. Organisierung von Demonstrationen.
3. Generalstreik in den Schulen Jordanien an den Donnerstag des 16.4.1970.
4. Generalstreik am Freitag den 17.4.1970 und Liquidierung des Verkehrs für eine halbe Stunde.
5. Organisierung von Massenveranstaltungen.

+ Am Mittwoch, den 15. April, breiteten sich die Demonstrationen über das ganze jordanische Gebiet aus. Die Demonstrationen vertrieben tausende von Flugblättern und steigerte die Demonstrationen zu Massenaktionen. Die Mitglieder anderer Organisationen beteiligten sich an der Verteilung der FDVPP-Flugblätter. Die Demonstrationen marschierten zu amerikanischen Botschaft, die von der jordanischen Polizei hemmlos abgelehrt wurde. Nach einer kurzen Diskussion mit der Polizei verbot diese sich mit den Demonstrationen. Teilweise trugen die Demonstranten die Polizei auf den Schultern und stürmten in gemeinsamer Aktion die Botschaft des US-Imperialismus. Die amerikanischen Fahnen und das amerikanische Wappen wurden heruntergeholt, die palästinensische Fahne gehißt. Die Botschaft des US-Imperialismus wurde in Brand gesteckt. Nach dieser Aktion marschierten die Massen auf das amerikanische Kulturzentrale Zentrum und zerstörten es. Die Rolle der Demokratischen Front (FDVPP) war eindeutig dominierend.

+ Als es der FDVPP gelang, die Demonstrationen in Massenaktionen zu überführen, verbotete sie die Parole, die die Macht der Volksmassen demonstrierte: Sisco wird Amman nicht betreten! Diese Parole hatte die Funktion, den jordanischen Herrschaftsapparat zu zwingen, Sisco auszuland. Unter Führung der Demokratischen Front setzten die Volksmassen diese Forderung durch.

+ Am Donnerstag den 16. April wurden mehrere Veranstaltungen organisiert, auf denen FDVPP-Mitglieder und Vertreter anderer Organisationen sprachen. Demonstrationen in Irbid, Jeresh, Al-Zarqa, Al-Raqas, Al-Karak usw. wurden organisiert.

+ Im Verlauf der sich ständig steigenden Massenaktionen entwickelte sich ein Konflikt zwischen Vertretern der jordanischen Regierung einerseits und dem amerikanischen Botschafter andererseits. Die jordanische Regierung versah, den amerikanischen Vermittler Sisco und die amerikanischen Interessen nicht schützen zu können.

Als Folge der MassenDemonstrationen gab das amerikanische Außenministerium Sisco die Anweisung, den geplanten Jordanienbesuch zu verabschieden. Daraufhin ersuchte die jordanische Regierung den amerikanischen Botschafter mit der Begründung Jordanien zu verlassen: "Der Botschafter hat seiner Regierung falsche Informationen übermittelt, die die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Regierungen beider Staaten stören."

+ Am Abend des 16.4.1970 beschloß das Vereinigte Oberkommando den Generalstreik weiterhin durchzuführen. Die FDVPP erklärte: Die Verhinderung des Sisco-Besuches ist eine Niederlage des US-Imperialismus und der einheimischen Reaktion und ein Ausdruck der Macht der revolutionären Volksmassen. In einem Aufruf an die Arbeiter, Bauern und revolutionären Soldaten erklärte die Demokratische Front:

"Der Haß der ganzen Welt heute bewiesen, daß in unserem Land eine Doppelherrschaft besteht, die der Widerstandsbewegung und des Volkes einseitig und die der Reaktionäre und Demos des US-Imperialismus andererseits...Vergibt euch in einer entschlossenen revolutionären jordanisch-palästinensischen Einheitsfront zur Wahrung eurer Macht und zur Festigung der Volksherrschaft." In diesem Aufruf verurteilte die FDVPP die Parole, die von der jordanisch-palästinensischen Volksmassen sofort aufgenommen wurde: "Alle Macht den frei gewählten Volkskräften."

+ Am Freitag den 17.4. wurden in Amman Demonstrationen organisiert, die die Parolen der FDVPP auf Transparenten trugen.

19. APRIL - Fünf neue Minister, die das Vertrauen der Palästinenser genießen, werden Mitglieder der Regierung in Amman. General Husaid El Kollany, CIA-Agent und ehem. Innenminister, wird abgesetzt.

20. APRIL - Die FDVPP entlarvt ein jordanisches Komplott gegen den Widerstand.

3. MAI - Gefecht zwischen Fedajin und Regierungstruppen an der iracischen Grenze. Zwei tote Jordanier, mehrere verletzte Fedajin.

8. JUNI - Stellungnahme der PDLP: Der palästinensische Nationalrat ist eine bürokratische und unrevolutionäre Organisation. Wir nennen daran nur gelegentlich und auf symbolische Weise teil. Wir wollen unsere Aktionsfreiheit bewahren.

9. JUNI - Die PDLP und die FDVPP entführen gemeinsam den ersten Sekretär der amerikanischen Botschaft in Amman, El

schaff in Amman. Er wird gegen den Versprechen der Absetzung des Oberkommandeurs Ben Jamil und weiterer 5 Offiziere wieder freigelassen. Trotz Freilassung der Amerikaner hält sich Hussein nicht an die Abmachung mit den Fedajin und setzt zusätzlich Einheiten der Spezialeinheit gegen PDLP und FDVPP ein. Die Volksfront eröffnet den Kampf gegen die jordanischen Armeen in Amman und versucht, verhaftete Fedajin zu befreien. Jordanische Infanterie, unterstützt von Panzern und Artillerie, versucht, den Sitz des palästinensischen Oberkommandos (CLAP) in Amman zu stürmen. Nach brutalen Bombardierungen eines Flüchtlingslagers in der Nähe des CLAP generalisiert sich der Kampf. Akzentiert auf Hussein.

10. JUNI - Arafat trifft mit Hussein ein Waffenstillstandsabkommen. Gemischte jordanisch-palästinensische Komitees zur Überwachung des Abkommens.

11. JUNI - Die PDLP erneuert ihre Bedingungen: Absetzung Ben Jamils und der 5 Offiziere und Schluß des Abkommens zwischen Hussein und Arafat ab 1000 Tote und Verwundete. Die PDLP setzt sich durch, Ben Jamil und mehrere Offiziere werden abgesetzt.

17. JUNI - Spaltungstaktik Hussein durch Einteilung in "atheistische" (PDLP und FDVPP) und "ehrlische" (Al-Fatah) Fedajin.

19. JUNI - Die Volksfront fordert die Auflösung der Spezialeinheiten Hussein. Al-Fatah kritisiert das "Abenteurerhum, den Extremismus" der Volksfront.

26. JUNI - Ben Jamil wird nach London abgeschoben.

27. JUNI - Neue Regierung unter Moamain Rifai, der mit den Fedajin sympathisiert.

26. JULI - Das jordanische Kabinett bejaht einstimmig den Rogers-Plan. In Gaza werden 20 studentische Mitglieder der PDLP durch ein israelisches Militärtribunal zu Strafen zwischen 8 Jahren und Lebenslanglich verurteilt.

7. AUGUST - Am Suezkanal tritt um Mitternacht der Waffenstillstand in Kraft. Die PDLP und die FDVPP führen mehrstündige Demonstrationen gegen den Rogers-Plan in Amman aus.

9. AUGUST - Das ZK wiederholt erneut seine lokale Ablehnung gegen jegliche politische Lösung. Die PDLP zerschlägt eine pro-nasseristische Organisation, die den Rogers-Plan zugestimmt hatte.

29. AUGUST - König Hussein warnt die palästinensischen Widerstandsorganisationen.

30. AUGUST - Heftige Kämpfe zwischen Fedajin und Regierungstruppen. Nach einer kurzen Phase werden den die Kämpfe am nächsten Tag wieder aufgenommen.

2. SEPTEMBER - Irak und Syrien drohen mit einer Intervention zugunsten der palästinensischen Widerstandsorganisationen.

9. SEPTEMBER bis 12. SEPTEMBER - Die PDLP entführt vier Flugzeuge. Vier Flugzeuge im Wert von 180 Mill. DM werden in die Luft gesprengt, in einem der Jets werden 2,7 Mio DM "gefunden".

14. SEPTEMBER - Die PDLP wird aus dem ZK suspendiert. Sie kritisiert stark die Al-Fatah und bezichtigt sie der Einmischung.

14. SEPTEMBER - Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Fedajin im Norden des Landes.

16. SEPTEMBER - Wiederaufnahme der PDLP in das ZK.

17. SEPTEMBER - 3 h morgens (MEZ) TRIP HUSSEIN SEINER PARAZELVERLETTEN DEN BEFELH SICH IN RICHTUNG AMMAN ZU BEWEGEN, am Südpol der Fedajin anzugreifen. Um 6.30 überträgt der König die Macht dem neuen militärischen Gouverneur, dem Marschall El Majali.

8 h - Ausgang in Amman

9 h - Majali ernennt seinen Befehl, alle Guerilleros zu liquidieren. Die heftigsten Kämpfe finden in und um Amman, vor allen Dingen in der Nähe der amerikanischen Botschaft, sowie in den bürgerlichen Residenzvierteln statt.

10 h - Der Sitz der palästinensischen Roten Halbmondes befindet sich unter Beschuss der jordanischen Armees.

13 h - Radio des ZK: Ausgezeichnete Lage in Ramtha, die ganze Stadt befindet sich unter unserer Kontrolle.

13.30 h - ZK-radio: Unsere Streitkräfte haben 10 Panzer bei Meskine zerstört. Munitionslager in Kulaa im Zentrum Ammans wurden beschossen und explodierten.

17.30 h - ZK radio: Die Kämpfe haben Irbid erreicht.

18.50 h ZK radio: Wir haben einen eindeutigen Sieg in Irbid errungen.

21 h - Die PDLP ernennt drei verantwortliche Gouverneure für den befreiten Teil Nordjordanien.

18. SEPTEMBER - Heftige Kämpfe im Süden Jordanien (Petra). Die Regierungstruppen werden zurückgeschlagen.

6 h Amman: General Majali erpresst die Bevölkerung Ammans unter Gewaltandrohung, mit den königlichen Truppen zu kollaborieren.

6.50 ZK radio: Die Flüchtlingslager Wadhat und El Hussein werden mit schwerer Artillerie beschossen. 7.40 h Amman: Majali bietet den Fedajin eine letzte Chance, Amman mit "Waffen und Ausrüstung zu verlassen, um an die Waffenstillstandslinie zurückzukehren. Andernfalls wird die jordanische Armee ihre Angriffe verstärken und den Fedajin grobe Verluste zufügen."

8.30 h ZK radio: Um 4 Städte im Norden werden erboterter Kämpfe geführt: Irbid, Beid-Farras, Torrah und Ramtha.

14 h Amman, Majali: "Wir haben unseren Truppen befohlen, einen Waffenstillstand einzuhalten, damit die Fedajin die Möglichkeit haben, zu den jordanischen Truppen überzuhaufen."

15.40 h Amman: Eine Gruppe von bewaffneten Ausländern wurde in Amman verhaftet. Majali droht schwere Bestrafung an, da die jordanischen Gesetze verletzt hätten.

17.40 h Amman: Die Armeeoffiziere haben am Nachmittag eine Druckerei zerstört, wo der "Punkte" das theoretische Organ der PDLP gedruckt wurde.

18 h ZK radio: Die Fedajin haben am Nachmittag alle wichtigen Positionen der Stadt Wafraq (Flughafen, Straßenkreuzung) besetzt.

21 h ZK radio: AMMAN BRENNT - Die vom CIA gekauften Truppen bombardieren nicht nur die Flüchtlingslager mit Bomben und Napalm weiter, sondern auch die meisten Viertel der Hauptstadt.

22 h ZK radio: Heftiger Widerstand und harte Geduld. Der Sieg ist nahe. Wir sind stolz auf Euch und Marouf Mut (Arafat) an die Fedajin.

23 h ZK radio: Der Gouverneur des Norddistrikts und Kommandeur der 2. Panzerdivision wurde nicht wie unangebracht, von den Fedajin gefangen, sondern ein Gefangener Hussein, weil er sich weigerte, den Bombardierungsbefehl auf Irbid und Jerush auszuführen.

19. SEPTEMBER 0.44 h ZK radio: Die jordanischen Truppen bereiten eine große Offensive gegen Irbid vor. Ramtha: Befriedigende Lage.

1 h ZK radio: Mehrere Offiziere schlossen sich den revolutionären Truppen an.

5.40 h: Palästinensische Panzer (Fedajin), die in Syrien stationiert waren, dringen bei Ramtha in Jordanien ein. Die Stadt ist fast in den Händen der Fedajin.

20. SEPTEMBER 1 h ZK radio: Zeit in den Händen der Fedajin.

1.30 h ZK radio: Die revolutionären Truppen haben die Residenz Hussein mit Raketen beschossen.

7 h - Radio Amman: Eine Brigade syrischer Panzer ist in Jordanien eingebredungen.

13.30 h ZK radio: Aufruf an die arabischen Massen: Fordert am Eingreifen der arsh. Armeen an allen Fronten. Zerschlagt die amerikanischen Interessen.

16 h: Drei Mitglieder der ZK werden verhaftet: Abu Ayad (Stoßtruppchef Arafats), Bahjat Abu (Arabtrierer PDLP), Faruk Radoumi (Al-Fatah).

25.20 h ZK radio: Das 40. Regiment der jordanischen Truppen ist geschlagen worden, der Rest ist überlaufen.

21. SEPTEMBER ZK radio: Der ganze Norden wurde befreit, die Panzer der palästinensischen Befreiungsarmee sind in Irbid. Die Moral der Kämpfer ist sehr hoch.

9 h: Jordanische Panzer ziehen sich in den Süden zurück.

15.30 h: Israelische Luftwaffe greift die Fedajin im Jordanien an.

19 h: Die jordanische Luftwaffe greift irakische Positionen an. Kommentar eines irakischen Offiziers: "Ein Irrtum!"

20 h ZK radio: Zionistische Halbschrauber schicken mit Entschlossenheit Munition und Versorgungsmittel an die jordanische Armee.

25.50 ZK radio: Kampf bis zum totalen Sieg.

22. SEPTEMBER 0.20 h ZK radio: 800 Tote und tausende von Verwundeten bei den Fedajin.

10 h Radio Amman: Je 5000 ent. Pfund Kopfgeld auf Hussein und Hawatmeh.

23. SEPTEMBER ZERSTÖRUNGEN:

Amman	70 %
Wadhat	80 %
Sarka	100 %



Interview mit N. HAWATMISH.

Erschienen in "africasia" **MARZ 1970**

Frage:

Was unterscheidet die Demokratische Front auf dem Organisationssektor von anderen Widerstandsgruppen? Haben die letzten erweiterten Versammlungen, die Sie abhielten, etwas Neues in diesem Sinn ergeben?

Antwort:

Man kann sagen, daß die Demokratische Front am Anfang nur ein revolutionäres Projekt war. Heute ist sie eine solide Organisation mit dem Ziel der Perfektionierung. Was die nationale Kadernkonferenz im Okt. 1969 betrifft, nun, wir konnten die Plattform der Demokratischen Front solide verankern und ihre echte marxistisch-leninistische Identität nicht nur unseren eigenen Kämpfern, sondern auch den breiten Massen vermit-teln.

Wir haben den arabischen Stalini-sten den Marxismus, den sie 40 Jahre lang auf den Kopf stellten, aus den Händen genommen. Die Demokratische Front wurde ge-schaffen. Zur Zeit marschieren Tausende Männer und Frauen unter unserer Fahne.

Andererseits haben wir den konter-revolutionären Block durchbrochen dem die D.F. unterstellt und auf dem sie im Anfang aufgebaut war. Jetzt haben wir eine Machtpositi-on und eine klare Strategie, ein Netz von sozialen und politischen Verbindungen und Verträgen auf Jordano-Palästinensischer und arabischer Ebene.

Schließlich haben wir wichtige Richtlinien aufgestellt, für eine Organisation des proletari-schen Engagements, die wir durch einen wirkungsvollen militäri-schen Sektor verstärkt haben; einen Sektor, der fähig ist, jeden verräterischen Angriff zu stoppen was uns eine größere taktische Be-wegungsfreiheit gibt.

Auf dieser Konferenz haben wir auch die Frage der Beziehungen zwischen der D.F. und der Partei erörtert und haben den Beschluß gefasst, die Ausbildung einer großen Anzahl von qualifizier-ten Kadern voranzutreiben, da diese zur Konstitution der Partei benötigt werden.

Es wurde gleichfalls beschlossen, die Verhältnisse im Inneren der D.F. neu zu überarbeiten, mit dem Ziel, so schnell wie möglich die augenblickliche Übergangs-etappe durch einen totalen Zentr-alismus zu ersetzen. Auf allen Ebenen wird das Wahl-prinzip angewendet. Der Kongress findet regelmäßig statt.

Alle Kader und Basiselemente neh-men an der Ausarbeitung und der Ausführung der Entschlüs-sse teil; sie haben das Recht der Kritik und der Kontrolle. So wird auch das Komitee von einem Sowjet sekundiert und dieses geschieht von der Basis bis zum Gipfel - von den Räten der Mil-litärbasen, der Flüchtlingslager, der Ortschaften bis hin zum Zentralkomitee.

Das Militärkomitee wird bereits durch einen Soldatenrat kontrol-liert, der von der Gesamtheit der Räte der Basis aufgestellt wurde. Alle Räte kommen perio-disch zusammen, um neue Aufga-ben aufzuteilen und die Ausfüh-rung der alten zu kontrollieren. Der Obersowjet hat alle Vollmäch-ten, eine höhere Instanz im All-gemeinen oder im Einzelnen zu rügen. Weder das Politbüro, noch das Z.K. haben das Recht, sich den Entschlüssen des obersten Sowjets zu widersetzen. Es sind die Räte, die den Kern der zukünftigen Partei stellen. Parallel dazu hat die D.F. bekann-ten, Organisationen für die Ar-beiter, die Bauern, die Frauen zu bilden; eine dieser Organisati-

tionen besteht schon: die natio-nale Vereinigung Jordanischer Studenten. Der größte Teil der linken Grup-pierungen sind in der D.F. inter-griert; die Liga der revolutionä-ren palästinensischen Linken und die Palästinensische Volks-organisation. Nur die Jordani-sche Kommunistische Partei blieb außerhalb der D.F., das ist nor-mal, denn diese reformistische und bürokratische Partei hat vom Kommunismus nur den Namen.

Frage:

Welche spezifische Rolle beach-tigt die Demokratische Front in der Widerstandsbewegung zu spät-leren?

Antwort:

Unsere Teilnahme am 6. paläst-inensischen Kongress und das dar-mit verbundene, von uns gleich-zeitig den Massen und dem Kongress vorgelegte Aktionsprogramm haben mit dazu beigetragen, zwischen den Strömungen und Elementen der Rech-ten und den Fortschrittlichen eine Spaltung zu bewirken. Deshalb beabsichtigt die D.F.:

- Innerhalb der Widerstandsbeweg-ung und der arabischen Revolu-tion die Rolle eines revolutionä-ren Agitators zu spielen; - alle bestehenden Situationen einer gnadenlosen theoretischen und praktischen Kritik zu unter-ziehen und einen doppelten Druck (Basis und Gipfel) auf die Wider-standsbewegung auszuüben.

Frage:

Werden Ihre Kämpfer bezahlt?

Antwort:

Bei uns gibt es weder Bezah-lung noch Dienstgrade. Unsere Kämpfer kommen auf freiwilliger Basis und erhalten eine systema-tische politische Erziehung. Auf dem militärischen Sektor sind un-sere Operationen sorgfältig ge-plant und deshalb auch wirkungs-voll.

Es gibt auch keinen Unterschied zwischen Kämpfer und Verantwort-lichen. Beweis: wir haben bei ei-ner Operation ein Mitglied des Z.K. verloren: Omar Mossad.

Frage:

Wie hat die D.F. bisher die Originalstrategie der arabi-schen Revolution gehandhabt?

Antwort:

Wir sagen, die nationale, pal-estinesische Freiheitsbewegung ist ein fester Bestandteil der arabischen Revolution. Sie ist mit dem Problem der sozialisti-schen Revolution in der Welt eng verbunden.

Die Demokratische Front nimmt den bewaffneten Kampf gegen die Basen der Konterrevolution in der gesamten arabischen Zone auf. Außerdem stehen unsere Basen allen revolutionären Elementen of-fen, arabischen oder ausländischen, die eine militärische oder politi-sche Ausbildung machen wollen. Es ist ihnen freigestellt, an-schließend in unseren Reihen zu kämpfen oder, was noch besser ist, in ihre Heimat zurückzukehren, um dort mitzuhelfen, die Revolution im eigenen Land vorzubereiten. Es existiert zur Zeit eine aus al-len arabischen Staaten gebildete Brigade in der D.F.

Wir haben gleichfalls eine Grup-pe ausländischer Revolutionäre bei uns und es ist nicht ausgeschlos-sen, daß diese sich eines Tages zu einer internationalen Brigade erweitern.

Die D.F. arbeitet auch daran, ihre Verbindungen zu revolutionären und internationalen Bewegungen zu verstärken. So haben wir den Ge-nossen Cabral (Guinea/Bissao) ein-geladen, unsere Basen zu besuchen. Gleichlautende Einladungen ergin-gen an die vietnamesische F.N.L. und die kubanische K.P. Wir sind auch dabei, für die Or-ganisation einer Konferenz Kon-takte aufzunehmen, auf der die arabische und die internationale Linke vereint tagen sollen. Abgesehen von diesen haben wir noch organisatorische Verbindun-gen zu bestimmten Formationen der arabischen Linken wie die Volks-front zur Befreiung des besetzten arabischen Golfs" (Dhofara) und die "Revolutionäre Bewegung des Golfs".

Frage:

Was das Endziel dieses Kampfes betrifft, welche Lösung empfiehlt die D.F. in der israelischen und palästinensischen Frage?

Antwort:

Die D.F. schlägt zum ersten Mal in der Geschichte der arabi-schen Revolution eine interna-tionale Lösung der israel.-paläst. Frage vor.

Der arabische Mensch stand mit seinen Beziehungen zur israeli-schen Frage bisher unter der Ide-ologie der herrschenden Klassen: feudaler und religiöser, im bes-ten Fall kleinbürgerlicher, d.h. antisemitischer Ideologie. Alle Vorschläge, die bisher von der arabischen Rechten zur Lö-sung der israelischen Frage vorge-legt wurden, waren entweder rassistisch oder chauvinistisch. Sie schwankten zwischen: "Jagt die Juden ins Meer" und besten-falls ihrer Rückführung in ihre Herkunftslander.

Die arabische und palästinen-sische Rechte bemühen die Ge-schichte, den Streit des Pro-pheten mit den Juden, um den Hass gegen die Juden neu zu ent-flammen. Das Geschäft mit der Palästinafrage ist seit 20 Jahren in den arabischen Ländern sehr rentabel, es dient als Alibi und Faravent für alle zweifelhaften Unternehmungen.

Zur Zeit lanciert die arabische Reaktion die Parole: "Einheit aller Klassen für die Vernich-tung - Israels".

Andererseits erhielt der jüdische Mensch im Verlauf seiner langen Geschichte dieselbe chauvinisti-sche Erziehung. Unter dem Schutz-mantel solcher Slogans wie: "Das ausgewählte Volk" konnten die feudalistischen Juden erfolg-reich die Klassengegensätze mas-kieren, um andere Gegensätze zu schaffen, zwischen der Gesamt-heit der Juden einerseits und den "Goi", den Nichtjuden ander-seits.

Mit den Slogans: "Vereinigung aller Juden" "Notwendigkeit, die Judenfrage durch die Rückkehr ins Gelobte Land zu lösen" etc, hat der jüdische Kapitalismus heute die Juden unter seine ideologi-sche Herrschaft gebracht. Alle von den ersten Marxisten, dann von der Sozialdemokratie und zum Schluß von den Bokche-wisten unternommenen Versuche, diese Ideologie zu ändern, waren vergeblich. Die ideologi-sche und religiöse Bindung war stärker als die realen Interessen der unterdrückten Juden. Das Bei-spiel Pool Zion und Bund ist be-zeichnend dafür.

Die Gründung des zionistischen Staates mußte diese Bindung noch verstärken. Fast alle israelischen Parteien adoptierten die zionisti-sche Einstellung, die israeli-sche kommunistische Partei spal-tete sich nach dem Junikrieg in zwei Lager: in einen zionisti-schen Flügel und in einen pro-sowjetischen Flügel. Zwischen den beiden Flügeln gibt es keinen Unterschied, denn beide schlagen eine reaktionäre Lösung vor, die auf dem Bestand Israels basiert. Zur Stunde gibt es in Israel nur eine kleine Gruppe, die Israel. Sozialist. Organisation MATZPEN, die eine fortschrittliche Lösung der israelischen Frage anbietet. Wir selbst wollen einen demokrati-schen und sozialistischen Staat aufbauen, in dem Israeliten und Araber die gleichen Rechte haben, einen Staat in dem es keine Un-terdrückung mehr gibt; einen Staat in dem die Macht, die ganze Macht, in den Händen der Arbeiter- und Bauernräte liegt. In diesem Sinn übrigens verstehen wir die Zerstö-rung des zionistischen Staates. Der zukünftige Staat wird Teil eines Bundesstaates - oder Staaten-bundes - sein wie z.B. Jugosla-vien oder die CSSR. Die Organi-sationsform ist unwichtig. Wicht-ig ist allein die Art der Regie-rung.

Frage:

Am Beginn dieses Interviews haben Sie die Haltung der D.F. im Bezug auf die revolutionäre arabische Bewegung als eine kri-tisch prüfende bezeichnet. Wel-ches Urteil geben Sie nun über die aktuelle Lage der offiziell-ten kommunistischen Bewegung?

Antwort:

Das ist das Problem des Jahr-hunderts... unserer Ansicht nach. Man muß die revolutionäre Bewe-gung einer tiefdurchdringenden kri-tischen Prüfung unterziehen. Wir denken mit Marx, daß man mit der Kritik am Bestehenden begin-nen muß, wenn man etwas Neues aufbauen will.

Die kommunistische Bewegung ist infolge bestimmter objektiver und subjektiver Ursachen in einer bürokratischen Degeneration. Das Erscheinen einer neuen bürokrati-schen Klasse, mit ungeheuren ma-teriellen und moralischen Privi-legien ausgestattet, schuf einen Widerspruch zwischen den Voraus-setzungen der internationalen proletarischen Revolution und den Interessen der Bürokratie. Es versteht sich von selbst, daß keine Klasse eine gegen ihre Interessen gerichtete Politik praktiziert. Dies ist der Grund, warum sich die neue Klasse weig-ert, sich in das "Abenteuern" der Unterstützung der Weltrevolu-tion zu stürzen. Historisch erscheint die Bürokratie wie ein objektiver Pro-zess und wie ein Bild des rückständigen Staates der rus-sischen Gesellschaft zu Zeiten Lenins.

Diese machte in seiner natür-lichen Offenheit den berühmten Ausspruch: "Der sowjetische Staat gehört theoretisch den Arbeitern, praktisch ist er aber noch meilen-weit davon entfernt." Die sozialistische Revolution wird nur siegen, wenn sie die Bürokratie bis zu deren Vernichtung be-kämpft. Darum ist es notwendig, daß die gesamte Bevölkerung mit-hilft, die Belange ihres Landes zu vertreten.

Das bürokratische Phänomen ist also kein Produkt einer Eigen-willigkeit, sondern das Resultat der Unreife der Massen und ihrer Unfähigkeit, ihre eigen-ten Belange in die Hand zu nehmen. Die kapitalistische Einkreisung und die Aktionen der Konterrevolu-tion im Inneren kommen noch dazu.

Das russische Proletariat konn-te unter der Führung der bol-schewistischen Partei zwar die Revolution machen und gegen die äusseren und inneren Feinde schützen, aber, geschwächt durch den Bürgerkrieg, konnte sie der bürokratischen Flut nichts ent-gegensetzen. Es muß gesagt werden, daß die Arbeiterklasse nur 6 - 7 Mio stark war. Das ist wenig im ver-hältnis zu einer Bevölkerung von 160 Mio. Die bolschewistische Re-volution hat übrigens den zari-schen Staat nicht völlig zer-stört (es gab "Weiße" Generale in der roten Armee).

Die bürokratische Allgegenwärti-geit machte in dieser Epoche "die Konstruktion des Sozialis-mus in einem einzigen Land" zu einem Dogma, anstatt den sojwe-tischen Staat in den Dienst der Weltrevolution zu stellen.

Zur Zeit stellt das auf die Sowjet-union ausgerichtete sozialisti-sche Lager die These voran: "Lö-sung der globalen Widersprüche durch friedliche Mittel". Diese These dient letzten Endes nur den Interessen der Bürokratie, die darum besorgt ist, jeden Kon-flikt zu vermeiden, der ihre Pri-viliegen in Gefahr bringt. In diesem Sinne muß man auch die "fried-liche Coexistenz" verstehen. Dies alles entfernt die sowjetische Führung immer weiter von der Kampf-linie gegen den Imperialismus und ermutigt gleichzeitig die Offensiv gegen die Freiheitsbe-wegungen zu ergreifen, und das sozialistische Lager herauszufor-dern. Die amerikanische Agression gegen das heldenhafte vietnamesische Volk ist ein treffendes Beispiel. Das Ergebnis ist eine Schwächung der anti-imperialistischen Front in der Welt und eine Verschiebung des Zentrums der Revolution von den Ländern des sozialistischen Lagers zu den neuen Kräften der marxistischen revolutionären Lin-ken in den unterentwickelten Län-dern und auch in einigen kapita-listischen Staaten.

In dem Masse, in dem sich diese Kräfte entwickeln und durch den Kampf große theoretische und praktische Erfahrungen sammeln, sind sie in der Lage, auf revolu-tionäre Basis internationale Ver-bindungen herzustellen. Um sich richtig entwickeln zu können, müssen diese Kräfte Be-standteile einer internationalen Front werden, damit sie sich ge-genseitig helfen können, damit sie keinen isolierten Kampf füh-ren.

Ihre Parole muß heißen: "Revolutionäre aller Länder ver-einigt euch und schafft mehr und mehr Vietnam!"

Vierzehn arabische Regime - vierzehn Marionetten.

Die arabische Bourgeoisie in der Krise.

Die arabischen Länder sind kapitalistisch und neo-kolonialistisch, d.h., sie werden vom Imperialismus beherrscht. Diese Beherrschung vollzieht sich nicht immer mittelbar, sondern durch die Klein- und Nationalbourgeoisie, die den Staatsapparat beherrscht und die es fertiggebracht hat, aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen das vorherrschende ökonomische System zu schaffen.

Der neo-koloniale Charakter bedingt die Art und Weise, wie die Klassen-gegenstände im Inneren des Landes dargestellt werden. Die Tatsache, daß die imperialistische Ausbeutung sich über die Nationalbourgeoisie vollzieht, läßt letztere gegenüber dem Imperialismus und gegenüber den arbeitenden arabischen Massen eine besondere Rolle spielen. Es sind in der Regel die arbeitenden Massen, die hier ausgebeutet werden, einerlei in welcher Form, und dies ist der Hauptwiderspruch zwischen den Massen und ihren Ausbeutern. Selbst wenn man weiß, daß der Hauptausbeuter der Imperialismus der USA, Frankreichs, Englands und der BRD ist, steht es doch fest, daß die arabische Nationalbourgeoisie diese Massen für ihre Rechnung ausbeutet. In allen arabischen Ländern ist der Widerspruch zwischen den arbeitenden Massen und der arabischen Bourgeoisie der Hauptwiderspruch der Gesellschaft.

Wir wollen damit sagen, daß nur die Lösung dieses Hauptwiderspruchs zur Lösung aller anderen Widersprüche verhalten kann, insbesondere des Widerspruchs zwischen der arbeitenden Bevölkerung und dem Imperialismus. Das soll nicht heißen, daß es im arabischen Lager keine anderen Widersprüche gäbe oder daß die Bourgeoisie aus einer homogenen Masse bestehe mit einer einzigen, fixierten politischen Richtung. Aber alle Widersprüche sind zweitrangig im Vergleich zum Hauptwiderspruch; selbst wenn diese aus irgendwelchen Gründen in den Vordergrund gerückt worden sein sollten.

Zum Beispiel behaupten die linken Baathisten; scheinbar sind es die Widersprüche in der Bourgeoisie, (die man einmal sogar den Aspekt von Fraktionskonflikten annehmen - Zivil/Militär Syrische Partei/Irakische Partei) die in erster Linie die Politik bestimmen und der Widerspruch zwischen den arbeitenden Massen und der Bourgeoisie in der Staatsführung tritt in den Hintergrund.

All das spielt sich so ab, als wäre eines Tages eine Fraktion der Bourgeoisie mit der Regierung in die sich in die Haare geraten und hätte es fertiggebracht, diese zu stürzen. Kein seriöser Marxist kann sich mit diesem Ansehen zufriedengeben. Nicht die internen Konflikte in der Bourgeoisie sind die Gründe von Krisenausbrüchen und Politikwechsel in einer Fraktion, sondern nur die Konflikte zwischen ihr und den arbeitenden Klassen, armen Bauern, Halb-Proletariern, Land- und Fabrikarbeitern. Es ist der spontane, aber erbitterte aktive und passive Widerstand dieser Massen, der die Kleinbourgeoisie zu einem Wechsel ihrer Politik zwingt.

Dieser Widerstand war spontan, das heißt, keine Organisation nahm sich dieser Massen an, um sie zu führen, ihre Energie zu kanalisieren und für sie die Früchte ihres Kampfes zu fordern. Mit anderen Worten, diese Massen sind fähig, WREIN zu sagen, aber sie können von sich aus keine positive Politik machen, noch sich von einem ihnen verbundenen Sprecher wirkungsvoll vertreten lassen. Unter diesen Umständen ist das Resultat der politischen Unterdrückung und des totalen Fehlens der Demokratie, daß einige clevere Fraktionen der Bourgeoisie sofortigen Profit aus diesen Kämpfen der Massen ziehen, weil sie im politischen und ökonomischen neo-kapitalistischen Staatsapparat bereits vertreten sind und weil sie verhältnismäßig gut organisiert sind. Das wird solange so weitergehen, bis die Arbeiterklasse zu einer Partei findet, die fähig ist, sie zu organisieren.

Alle diese spontanen Kämpfe werden von bestimmten Fraktionen der Bourgeoisie ausgenutzt, die der augenblicklichen Herrschaft feindlich gegenüberstehen, die aber grundsätzlich wie diese die gleiche Absicht haben, die Arbeiter zu unterdrücken und auszubeuten.

Aber, vom Gesichtspunkt der taktischen und konkreten revolutionären Arbeit ist es nicht egal, ob die politische Führung des Landes eine blinde Diktatur oder eine relative "Demokratie" ist. Letztere ist zweifellos günstiger für die organisatorische Aktivität der Avant-Garde. Ihre revolutionäre Propaganda ist gleichermaßen ein Kampfmittel während der ganzen Zeit, in der die revolutionäre Klasse noch nicht das Bewußtsein der Notwendigkeit der Zerstörung des Staatsapparats erlangt hat. Die bürokratische Bourgeoisie, deren ökonomische und politische Basis in der wichtigen Rolle besteht, die der Staat in allen Bereichen des nationalen Lebens spielt, ist selbst ein Produkt der neo-kolonialistischen Situation und der relativen Schwäche der Nationalbourgeoisie vom "privaten" Typ.

In dem Zustand ökonomischer Abhängigkeit, indem sich das Land dem Imperialismus gegenüber befindet und wenn man in der ersten Phase das Übergewicht der Kaufleute und Großgrundbesitzer in den Fraktionen der Bourgeoisie betrachtet, wäre eine, wenn auch wenig reelle industrielle und finanzielle Entwicklung ohne direkte Intervention des (pro-imperialistischen) Staates im Wirtschaftsbereich unmöglich.

Die bürokratische Kleinbourgeoisie spielt am Anfang die Rolle eines Dieners der Nationalbourgeoisie die inreits aber nicht fähig war ihre Macht dauerhaft zu festigen.

Der Unterschied zwischen der bürokratischen Kleinbourgeoisie als Klasse und einer ihrer Fraktionen, die die Interessen der Finanz- und Industriebourgeoisie vertritt, wurde besonders ersichtlich in dem, was die Rolle des Staates betraf und letzten Endes auch in der Machtfrage: die Verbindung mit dem Imperialismus. Die Kleinbourgeoisie ist aus diesem Grund an der Entwicklung des Staatskapitalismus stark interessiert. Er ist für sie das beste Mittel, sich zu halten, als Klasse zu erstarken, selbst wenn sie parallel dazu eine Bourgeoisie vom "privaten" Typ entwickelt.

Der entscheidende Faktor, der der revolutionären Klasse noch fehlt um in die Politik aktiv einzugreifen, ist die Organisation. Die Schaffung einer politischen Organisation des städtischen und ländlichen Proletariats ist der wichtigste Punkt, damit die von den Volksmassen geführten Kämpfe nicht abgeleitet werden können zum Nutzen dieser oder jener kleinbürgerlichen oder nationalbourgeoisien Fraktion.

Wir müssen kämpfen, um für die Organisation der Massen die besten Bedingungen zu schaffen. Es gibt nicht eine einzige echte Möglichkeit einer Lösung durch die Bourgeoisie in der imperialistischen Epoche.

Eine Analyse der Situation kann uns von der Unmöglichkeit einer Lösung von neo-kolonialen Kapitalismus überzeugen.

Eine bürgerliche Lösung setzt die Aufrechterhaltung der imperialistischen Herrschaft (USA, Frankreich, England, BRD) voraus; also eine forcierte Ausbeutung des Landes, was wieder den Möglichkeiten der industriellen Entwicklung, dem Rückgang der Arbeitslosigkeit und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Massen enge Grenzen setzt. Sicher, eine mutige bürgerliche Fraktion - und diese wird immer unerlässlicher, je feindlicher die Massen der Regierung gegenüberstehen - könnte Zeit gewinnen, in einigen Volkschichten ein wenig Sympathien zurückzuerobern, und etwas neue Hoffnungen keimen lassen; doch müßte sie dafür die Grundbesitzer-Bourgeoisie opfern, (was möglich ist und andererseits auch schon geschehen ist) deren Land an die Bauern verteilen, ihre Bindungen, die das aktuelle Regime an westliche Länder hat, überprüfen und teilweise durch festere Bindung an die Sowjetunion ersetzen. Dies würde ihr gestatten, wenigstens etwas mehr Industrie zu schaffen.

Die einzig wahre Lösung aber, zum Vorteil der Massen, die Einzige, die radikal Ausbeutung und Unterdrückung stoppen und das Volk aus der Misère herausführen würde, wäre eine radikale sozialistische Umwandlung der Gesellschaft, der revolutionäre Umsturz der Bourgeoisie und die brutale Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparats auf allen Ebenen und für alle Zeiten.

Nayef Hawatmeh zur "friedlichen Lösung"

Der folgende Text ist das Protokoll eines mündlichen Diskussionsbeitrags mit dem Genosse Nayef Hawatmeh vom ZK der Demokratischen Volkfront für die Befreiung Palästinas (FDLP) eine Diskussion zwischen westeuropäischen Besuchern und Mitgliedern der Führung der FDLP am 16. August 1970 in Amman einleitete. Er gibt in knapper Form die Einschätzung der FDLP zur Lage in Jordanien vor Ausbruch des Bürgerkriegs wieder.

Red.

Die amerikanischen Vorschläge zum Nahostkonflikt, die am 10. Juni 1970 den Regierungen in Kairo, Amman und Tel Aviv vorgelegt wurden, waren nicht das Produkt der moralischen Überzeugung der USA von der Notwendigkeit einer Lösung des Nahostkonfliktes nach dem Beschluß des Sicherheitsrates vom 22. November 1967. Denn dieser Beschluß blieb 3 Jahre lang unverwirklicht, weil die USA ihn praktisch ablehnten. Und während die USA diesen Beschluß wenigstens theoretisch akzeptierten, lehnte Israel ihn theoretisch und praktisch ab. Die USA und Israel gaben nämlich der Sicherheitsratsresolution eine ganz andere Interpretation als die Sowjetunion und Ägypten.

Die sowjetisch-ägyptische Interpretation ging vom Rückzug der israelischen Besatzungstruppen in die Grenzen vom 4. Juni 1967 aus. Als Gegenleistung sollten die Anerkennung Israels, die Garantie sicherer Grenzen und der freien Fahrt für israelische Schiffe durch die Wasserstraßen, die Israel mit Ostafrika verbinden (also Scharm El Scheik), ausgesprochen werden. Die USA und Israel gaben dem Beschluß eine sehr viel bessere Interpretation. Sie forderten darüber hinaus wichtige Grenzänderungen zugunsten Israels in Westjordanien und im Gaza-Streifen, die Neutralisierung des Gaza-Strafens und die Entmilitarisierung Westjordanien.

Nach 3 Jahren, während der die beiden verschiedenen Interpretationen der Sicherheitsratsresolution gegolten hatten, kommen nun die USA mit dem Rogersplan, der nach der Einschätzung der Demokratischen Volkfront letzten Endes zur Übereinstimmung mit der sowjetisch-ägyptischen Interpretation führen wird, nämlich Rückzug der Besatzungstruppen in die Grenzen vom 4. Juni 1967 im Austausch gegen die Anerkennung des Staates Israel innerhalb sicherer Grenzen, freie Schifffahrt durch Scharm El Scheik, UN-Truppen und internationale Garantie für dieses Abkommen.

Diese Haltung der USA war kein Zufall, sondern sie war ein Produkt der Entwicklung des dialektischen Verhältnisses zwischen den Kontrahenten in dem Konflikt, dem US-Imperialismus und dem Zionismus auf der einen Seite, Ägypten und der Sowjetunion auf der anderen Seite. Denn die heutigen Verhältnisse sind völlig andere als die am 22. November 1967. Der Beschluß des Sicherheitsrates war ein Produkt des internationalen politischen Gleichgewichts direkt nach dem Juni-Krieg. Im Juni 1970 hatten sich die Kräfteverhältnisse zugunsten der sowjetisch-ägyptischen Position verschoben.

Zu den Faktoren, die die neue Haltung der USA erzwingen haben, gehören vor allem: der verstärkte sowjetische Einfluß im Mittelmeer und in Ägypten, die quantitative Zunahme und die Hebung des technischen Niveaus der arabischen Armeen, das Anwachen der palästinensischen Widerstandsbewegung und der moralischen Gewicht in den palästinensischen und arabischen Massen und v.a. die damit verbundene vorrevolutionäre Entwicklung im Nahen Osten. Der Imperialismus war sich angesichts dieser Entwicklung darüber im Klaren, daß er die Kontrolle über dieses Gebiet verlieren würde, und damit die Chancen der Verwirklichung der Sicherheitsratsresolution mit allen ihren Details, falls die Krise ungelöst bliebe.

Am meisten fürchtete sich der amerikanische Imperialismus, der Zionismus und die arabische Reaktion bei dieser Entwicklung vor der wachsenden revolutionären Bewegung in diesem Gebiet, die von der palästinensischen Widerstandsbewegung repräsentiert wird, und vor den revolutionären Richtungen unter den arabischen Massen. Die hinter der palästinensischen Widerstandsbewegung stehen. Sie versuchen daher mit dem Rogersplan und der friedlichen Lösung der revolutionären Entwicklung in diesem Gebiet durch eine arabische Umzingelung ein Ende zu machen. In den letzten drei Jahren wurde die Entwicklung im Nahen Osten durch den Konflikt zwischen dem Imperialismus und dem Zionismus einerseits und dem palästinensischen Widerstand andererseits bestimmt. Heute beginnt sich die Entwicklung auf Konflikte im arabischen Lager zu verlagern.

Die imperialistischen Mächte merkten bald, daß unter den Bedingungen eines internationalen Konflikts die Widerstandsbewegung nicht zu liquidieren ist. Sie ließen daher ihre extraktionalen Verbündeten in den arabischen Ländern zum Angriff übergehen. Dies geschah bisher sechs mal: In drei militärischen Auseinandersetzungen mit der libanesischen Regierung und in drei Konflikten mit der jordanischen Regierung. Alle diese Versuche schlugen fehl. Angesichts der Unfähigkeit und Machtlosigkeit ihrer Marionetten in Jordanien und im Libanon gegenüber der Widerstandsbewegung und der Auswirkungen, die die Widerstandsbewegung auf die anderen arabischen Länder hat, fürchtete die

US-Imperialisten nun, daß es zu einem zweiten Vietnam kommen könnte, d.h. zu Verhältnissen in Palästina, die mit der vietnamesischen Situation vergleichbar sind. Daher wollen die USA die Widersprüche, die bis jetzt zwischen der Widerstandsbewegung und den arabischen Massen auf der einen Seite und dem Zionismus, dem Imperialismus und der arabischen Reaktion auf der anderen Seite bestehen, in einem Konflikt zwischen allen arabischen Staaten und der palästinensischen Widerstandsbewegung verwickeln. Das würde dem US-Imperialismus erlauben, die Vorteile seines reaktionären "friedlichen" Plans auf Kosten des unterdrückten und von seinem Land vertriebenen palästinensischen Volks zu realisieren. Die hinter dem Rogersplan versteckten Ziele zeigten sich sehr rasch. Die Demokratische Volkfront hat sie direkt nach der Veröffentlichung des Planes genannt. Sie hat den Plan scharf angegriffen und in ihren Kommunikationen auf die drohende "Vietnamisierung" des Konflikts hingewiesen, d.h. auf die Schaffung von Verhältnissen ähnlich denen, die die US-Aggressoren in Indochina geschaffen haben, wo sie Vietnam und Kambodschaner gegen Kamp-Laoten gegen Laos und Kambodschaner gegen Kambodschaner kämpfen lassen. Schon heute zeigt sich sehr deutlich, die palästinensische Widerstandsbewegung ist nicht nur mit dem jordanischen und dem libanesischen reaktionären Regime konfrontiert, sondern mit dem ganzen arabischen Lager.

Die arabischen Herrschaftsapparate, vor allem die in Händen der Nationalbourgeoisie, sind wegen ihrer ökonomischen, politischen und militärischen Struktur nicht in der Lage, in ihrer Auseinandersetzung mit dem Imperialismus und dem Zionismus einen langandauernden revolutionären Krieg vorzubereiten oder zu unterstützen. Sie können lediglich versuchen, zu den gleichen Verhältnissen wie vor dem Juni-Krieg zurückzukehren, indem sie ihre regulären Armeen reorganisieren, quantitativ verändern oder umrüsten. Das würde aber zu den gleichen Ergebnissen wie im Juni 1967 führen und folglich die Voraussetzungen für eine liquidatorische Lösung des Palästina-Problems schaffen. Das würde auch die Liquidierung der arabischen Befreiungsbewegungen bedeuten.

Diese Verhältnisse bilden die Voraussetzung für die Verwirklichung der amerikanischen Vorschläge. Darüber hinaus wurde in den letzten Wochen klar, daß es ein enges Zusammenpiel zwischen der Sowjetunion und dem USA gibt, und daß beide Großmächte auf eine schnelle Regelung des Nahostkonfliktes drängen, wenn auch aus verschiedenen Gründen. Die Amerikaner fürchten, daß die revolutionäre Bewegung um sich greift und für sie zu einem zweiten Vietnam führt. Die Sowjets wollen aus Furcht um die Erhaltung der friedlichen Koexistenz kein zweites Vietnam.

Auch die arabischen reaktionären Regime setzen sich für eine schnelle Regelung des Konflikts ein. Sogar die "Stimme Saudi Arabiens", die den Beschluß des Sicherheitsrates immer laut abgelehnt hat, verurteilte nach der Verkündung des Rogersplans, Dies war aus vornehmlich klar, weil die Interessen solcher Regime gegen die Interessen der Vollkommenheit gerichtet sind, und weil sie sich vor Imperialismus und vom kapitalistischen Weltmarkt trennen können. Andere arabische reaktionäre Regierungen ebnen den Weg für die Anerkennung Israels. Auf diesem Weg machte der marokkanische König mit dem Empfang Goldmanns, des Präsidenten des jüdischen Weltkongresses, den ersten Schritt.

Die nationalbourgeoisien Regime sind heute untereinander gespalten. Ägypten nahm entsprechend seiner ideologischen, politischen und ökonomischen Struktur den Rogersplan an. Syrien und der Irak lehnten ihn zwar verbal ab, aber sie sind ebenfalls aufgrund ihrer ideologischen und ökonomischen Strukturen nicht in der Lage, dieses Ablehnung in die Tat umzusetzen. Man kann daher behaupten, daß sämtliche arabischen Regierungen objektiv den Rogersplan annehmen.

Die eigentlichen Kräfte, die - wenn auch in unterschiedlichem Grad - den Rogersplan ablehnen, sind die palästinensischen Widerstandsorganisationen und die unterdrückten arabischen Massen. In den nächsten Monaten wird es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Befürwortern des Rogersplans und der palästinensischen Widerstandsbewegung und den arabischen Massen um die Verwirklichung der Friedenspläne kommen. Mit anderen Worten, es werden eine Reihe von nationalen Bürgerkriegen, insbesondere in Jordanien, ausbrechen. Gerade Jordanien steht vor einer Polarisierung aller Klassen und politischen Kräfte. Die imperialistischen Mächte und der Zionismus werden zweifellos den reaktionären Kräften zu Hilfe kommen, um die palästinensische Widerstandsbewegung zu liquidieren und die arabischen Massen, die hinter ihr stehen, zu unterwerfen. Es wird von der Standhaftigkeit der Widerstandsbewegungen abhängen, ob diese Pläne verwirklicht werden können oder nicht.

Anschließend der Lage der Widerstandsbewegungen und der Erfahrungen der letzten 3 Jahre, besonders aber nach der Verkündung des Rogersplans, erwartet die Demokratische Volkfront eine Verdrängerung innerhalb der Widerstandsbewegungen und unter den arabischen Massen. Ein Teil der Widerstandsbewegung stellte sich in Zusammenhang mit dem Rogersplan hinter die ägyptische Po-



Hierzu muß eine politische Agitation geführt werden, welche die Bildung einer revolutionären Organisation des städtischen und ländlichen Proletariats vorbereitet; eine Agitation mit verschiedenem strategischen und taktischen Inhalt für jedes arabische Land.

Revolutionäre araber, koordiniert eure revolutionäre Arbeit!

Vereinigt euch, um alle arabischen Regierungen ohne Ausnahme zu verjagen!

sitten. Es handelt sich um die "Organisation der Tat" und die "Organisation der Arabischen Palästina". Ein weiterer Teil neigt dazu, die Massenbewegungen einzuschränken und die revolutionäre Bewusstseinsbildung der Massen zu verhindern, unter Parolen wie "taktische Flexibilität", "Nationalisierung der politischen Positionen", der "politischen Weisheit". Das ist praktisch die Linie von A. Faten. Diese Richtung wird nicht in der Lage sein, die liquidatorischen Pläne zu verhindern. Bewusst oder unbewusst - das ist nicht wichtig, wichtig sind die Resultate - wird diese Richtung die "friedliche Lösung" nicht verhindern können.

Die dritte Richtung wird vertreten von der palästinensischen Linken, insbesondere der Demokratischen Volksfront, von den Blanquisten (also der Habbasch-Gruppe) und von dem progressiven Teil der Kleinbürgerliche (der syrisch-baathistischen Al Baikin). Diese Richtung ist in der Lage, die Initiative zu ergreifen und die Entwicklung entscheidend zu beeinflussen. Sie wird auch in der Lage sein, dem konterrevolutionären Lager die Stirn zu bieten und dem amerikanischen Friedensplan zum Scheitern zu bringen. Aber all dies hängt von der Führung der linken Flügel, also der P.M.P., ab, die Arbeit der blanchettischen Richtung zu kontrollieren und die Arbeit der progressiven Kleinbürgerlichen Richtung voranzutreiben, sowie auch davon, ob dieser Flügel es vermag, die schwankende Haltung der nationalen Kräfte zugunsten der Linken zu entscheiden.

Die kommende Entwicklung wird eine gewisse Ähnlichkeit mit der haben, die sich in Rußland im Jahre 1917 abspielte. Ein Blutbad wird die Bevölkerung dieses Gebiets von den amerikanischen Laren trennen. Die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung ähnlich der in Rußland zwischen 1905 und 1917 ist nach der Einschätzung der demokratischen Volksfront gering, aber nicht auszuschließen. Dennoch, unsere Front ist entschlossen, den Kampf weiterzuführen, um die politische Lösung zum Scheitern zu bringen. Die wichtigste Aufgabe, die sich uns in dieser Phase stellt, ist es, eine nationale und revolutionäre Umwälzung der Verhältnisse in Jordanien einzuleiten und die nationale demokratische Macht der Massen zu erringen, die den Kampf gegen den Zionismus und Imperialismus weiterführt und die liquidatorische Lösung verhindert. Wir stehen vor einem zweiten Vietnam. Daher appellieren wir an die internationalistischen Genossen und die progressiven Kräfte der Welt, die kommenden blutigen Ereignisse im Nahen Osten zu verfolgen und unseren Kampf zu unterstützen.

WIDER DAS KOMPLOTT

Nach 3 Jahren und 6 Monaten ununterbrochenem Krieg gelangten die Großmächte zu einer gemeinsamen Formel in Sachen einer "politischen Regelung" in unserer Region. Viele sehen darin eine entscheidende Wende und eine wesentliche Veränderung der politischen Verhältnisse im gesamten arabischen Osten. Viele stellen große Erwartungen an eine neue politische Regelung zwischen Israel und den arabischen Staaten, bejahen sie voll und ganz und begrüßen sie mit großer Begeisterung.

Aus zwei hauptsächlich Gründen lehnt die I.S.O. den "Rogers-Plan" ab:

1. - Dieser Plan dient dazu, die bestehenden Verhältnisse im arabischen Osten einzufrieren. Es ist ein Versuch, die Entwicklung einer revolutionären Bewegung zu verhindern, die daraufhin zielt, die reaktionären Regime zu beseitigen, den Nasserismus zu überwinden, das Erdöl und die anderen Naturschätze den imperialistischen Monopolen zu entreißen, sowie die Herrschaft der feudalen und kapitalistischen Klassen im gesamten Nahen Osten zu zerschlagen.

2. - Dieser Plan basiert auf der Negation der nationalen, politischen und menschlichen Rechte des arabisch-palästinensischen Volkes. Der "Rogers-Plan", der nichts anderes ist als die amerikanische Auslegung des Sicherheitsratsbeschlusses vom 22.11.1967, hat die Stabilisierung des zionistischen Regimes, sowie die der reaktionären Regime in der arabischen Welt zum Ziel. Er soll sie also vor der palästinensischen Bewegung bewahren, die die Stabilität der gesamten Region in ständigem Aufruhr hält. Auch der Nasserismus, der sich durch diesen Plan zu stärken hofft, hat bereits seinen Bankrott offenkundig gemacht. Er versucht sich auf eine neue korruptierte bürgerliche Oligarchie zu stützen - gegen die Massen der Arbeiter und Fellachen - auf der Basis der Neutralität in der Weltpolitik, und mit den Mitteln eines diplomatischen Auspielens der Großmächte. Die arabische Gesellschaft wird in diesem Regime nicht ihre Erlösung finden; ein Regime, das den Fortschritt vielmehr hemmt als fördert.

Alle diejenigen, die Erwartungen an diesen Plan knüpfen, so, als könne er zu einer Normalisierung in den israelisch-arabischen Beziehungen, oder zu einem dauerhaften Frieden zwischen Israel und der arabischen Welt führen, irren sich. Ein dauerhafter Frieden ist nur denkbar auf der Grundlage der Beseitigung des zionistischen kolonialen Charakters Israels einerseits und der Zerschlagung der gegen die Völker gerichteten arabischen Regime andererseits; sowie unter der Voraussetzung einer vollkommenen Gleichberechtigung zwischen dem jüdisch-israelischen und dem arabisch-palästinensischen Volk hinsichtlich der Ansprüche auf das Territorium Palästinas. Solch ein Frieden kann nicht durch den Druck der Mächte herbeigeführt werden, sondern nur durch einen Kampf des Volkes für den Sturz der national-imperialistischen Regime in beiden Lagern.

Nur wer nicht aus der Erfahrung des Abkommens zwischen Ben-Gurion und Abdallah (Husseins Großvater) und der Waffenstillstandsabkommen von 1949 gelernt hat, wird sich auf eine neue Auflage von Abkommen dieser Art einlassen.

Es ist möglich, daß die Kräfte, die hinter diesem Plan stehen, einschließlich der UdSSR und der treuen kommunistischen Parteien, stark genug sind um ihn zu erzwingen, und sei es um den Preis der Vernichtung - politische und vielleicht auch physische - der palästinensischen und arabischen revolutionären, die ihn nicht akzeptieren. Doch sollte man wissen: Ein wahrhafter Frieden kann nicht durch ein Abkommen zwischen Regierungen erreicht werden, wenn es die Rechte eines ganzen Volkes zertrübt. Wer sich eine dauerhafte Ruhepause erhofft, wird bald enttäuscht werden. Die palästinensischen Wunde kann nur auf dem revolutionär-menschlichen Wege geheilt werden, dem der Gleichberechtigung aller Völker des Nahen Ostens. Auch ist die revolutionäre Bewegung im arabi-

sehen Osten, die entscheidende Kräfte aus dem palästinensischen Kampf schöpft, langfristig nicht aufzuhalten.

Seit dem Krieg treten wir gegen die Okkupation ein und auch heute fordern wir einen sofortigen, vollkommenen und bedingungslosen Rückzug aus allen, im Juni 1967 besetzten Gebieten; dies tun wir auf der Grundlage des Prinzips das besagt: Ein Volk, das ein anderes unterdrückt, kann selbst nicht frei sein.

Wir rufen die Massen der Arbeiter, der Fellachen, der Jugend und der Intelligenz in Israel zum Kampf gegen den Zionismus und den Imperialismus auf.

Wir unterstützen den revolutionären Kampf, der im palästinensischen Lager und in der arabischen Welt gegen den Zionismus, gegen den Imperialismus und gegen die arabische Reaktion stattfindet. Für eine soziale Revolution, die einen echten Frieden zwischen Israel und der arabischen Umwelt garantiert - ohne Eroberer und Eroberte, ohne Vertrieber und Vertriebene, ohne Unterdrücker und Unterdrückte, ohne Demütiger und Gedemütigte.

Die Israelische Sozialistische Organisation ("Matzpen")

PARABELLUM Pint
 n. großen Sommergarten und
 do it yourself-Grill-Spez. bei
 freundlichen Preisen. Ab 19 h
 Sa.-So. Alm-Jodeln ab 16 Uhr!
 Kotelett - 2,10
 Steak - 2,50
 Korakatz 36
 hinter a Haus



ZWEI SUPPE • STEAK • SCHMALZSTULLEN
MOTOKISTE
 SCHACH • SKAT • COMICS
 FÜR LINKE UND STÄRKER
 U-BAHN WINNERDORF
 BUS: 86, 29, 83, 81, 85
 ZWISCHEN BUNDESALLEE UND BLISSE STR.
 BERLIN 31
 HILDEGARDSTR. 25
 NEUERÖFFNUNG SAMSTAG 18 JULI 70 EHEMALIGES ULTIMA RATIO

IMPRESSUM: Redaktionskollektiv "883", verantwortlich: Jürgen Garbotz, A-B-15, Kantstr. 134 B Druck: Kulte-Druck 4-B-44, Uthmannstr. 23, "883" hat eine Auflage von 6000 Exemplaren und kostet in Berlin 0.50, in Westgermanien 0.60 DM. Kleinanzeigen (DM 2.00 in Briefmarken oder bar) bitte in den Briefkasten in der TU-Mensa.

GELATERIA-PIZZERIA SAN MARINO
 PLATZ 12 WÄNE TU
 SAVAN PLATZ 12 WÄNE TU
 STUD. PIZZA VON 10-16h
 GEOFFN. BIS 3h MORG.
 PIZZA SPAGHETTI LASAGNE
 KRAUTSUPPE TRONN

SHARP
 KRAUTSUPPE TRONN
 KRAUTSUPPE TRONN

ES MUSS IM LEBEN MEHR ALS ALLES GEBEN

EINST HATTEN DIE BERLINER ALLES. SIE HATTEN DIE MAUER UND DAS PARK, DAS CAFE WEESE UND DAS LITZFASS. SIE GINGEN INS PARK ODER IM RESI TÄNZEN UND BEI WEMPIANSKI ESSEN, NOTFALLS RUCH IN DIE MENSP DER TU, DOCH DAS KUHNTERTE. DIE BERLINER WENIG IM PARK UND IM CAFE WEESE DURFTEN SIE NUR TANZEN UND MUSIK HÖREN UND IM KRANZLER SAHNE SCHLECKEN UND KLATSCHEN. JETZT IST DAPS ANDERS GEWORDEN. JETZT GEHEN SIE INS LITZFASS, DA GIBTS ALLES, (RUSSER SAHNE) UNGERGROUND-MUSIK, ALTGRIECHISCHE SPEZIALITÄTEN, FLIPPER, SLÄPSTICKS UND FERNSEHEN UND, NUR KLAR, TÄNZEN SOLLT IHR RUCH!

LITZFASS IN CHARLOTTENBURG SYBELSTR. 49 TEL. 886 22-75, IM LEHNHOF (1) PLATZ BUS A 11, A 29, S-BAHN CHARLOTTENBURG



Aus den Statuten:

Kapitel I - Name und Sitz

Artikel 1

In Jordanien hat sich eine Organisation konstituiert unter dem Namen: Nationale Union der jordanisch-palästinensischen Frauen (U. N. P. J. P.)

Artikel 2

Die U.N.P.J.P. ist eine Massenorganisation, in der sich die jordanischen und palästinensischen Frauen - auf der Grundlage der organischen und historischen Beziehungen zwischen beiden Völkern - zusammenschließen, um einen gemeinsamen Kampf zu führen für die Befreiung der Frau für die Transformation ihrer sozialen Stellung sowie für die Bewusstwerdung ihrer politischen Rolle im Kampf für die Befreiung der besetzten Gebiete und für die Zerschlagung des Zionismus, des Imperialismus und der Reaktion.

Artikel 3

Sitz der Union ist Amman. Jede Gruppe von 10 Frauen kann - vorausgesetzt sie erfüllt die Zulassungsbestimmungen - eine Sektion der Union gründen, vor allem in Jordanien und in den Ländern, in denen Palästinenser leben.

Kapitel II - Prinzipien und Ziele

Die U.N.P.J.P. ist der Meinung, dass der soziale Fortschritt vom Grad der Befreiung der Frau in der Gesellschaft abhängt.

Deshalb kämpft die Union für:
- die Befreiung der Frau von mittelalterlichen Fesseln und von sozialen Diskriminierungen, wie sie seit Jahrhunderten bestehen.
- die politische, soziale und ökonomische Gleichheit mit dem Mann.

Das bedeutet:

- 1 - Aktives und passives Wahlrecht für die Frauen auf nationaler und kommunaler Ebene sowie rechtliche und politische Gleichheit mit dem Mann.
- 2 - Gleicher Lohn für Arbeiter und Arbeiterinnen: gleiche Arbeit, gleicher Lohn.

- 3 - Gleiches Recht für Männer und Frauen auf öffentliche Ämter. Schaffung geeigneter Voraussetzungen dafür, daß die Frauen effektiv am Produktionsprozeß teilnehmen können: Kindergärten und alle sonstigen Bedingungen, um die Frauen von der Hausarbeit zu befreien; Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Fabriken und Büros und den anderen Arbeitsstätten für Frauen
- 4 - Schulpflicht für Mädchen bis zum Abschluß der Grundschule.
- 5 - Ausbildung, sowie Sozial- und Krankenversicherung für die Landarbeiterinnen.
- 6 - Anwendung des internationalen Arbeitsrechts für die Frau (bezahlter Urlaub, Arbeitszeit Löhne etc.)
- 7 - Abschaffung aller Gesetze, die den sozialen und politischen Rechten der Frau sowie ihrer Gleichheit mit dem Mann widersprechen.
- 8 - Verbesserung der sozialen und rechtlichen Stellung der Frau: - Gleiches Scheidungsrecht für Männer und Frauen.
- Abschaffung der Polygamie.

Artikel 5

Die Union ist der Meinung, daß die Frau ihre soziale und nationale Rolle nur durch die Hebung ihres Ausbildungsstandes und ihrer kulturellen und gesundheitlichen Lage erfüllen kann. Deshalb kämpft sie für:

- 1 - die Eröffnung von Alphabetisierungszentren in den Dörfern, Lagern und Stadtvierteln.
- 2 - die Veranstaltung von Konferenzen und Arbeitskreisen, die Verbreitung von Publikationen über den Kampf der Frauen sowie die Eröffnung von öffentlichen Bibliotheken überall dort, wo die Union arbeitet.
- 3 - die Eröffnung von Lehrwerkstätten und Berufsausbildungszentren für Frauen und die Zulassung von Frauen zu technischen und Berufsschulen.
- 4 - die Organisation von Ausbildungszentren für Sanitätspersonal und die Einrichtung von Medikamentendepots in den Lagern, Dörfern und Stadtvierteln.

Artikel 8

Die Union geht davon aus, daß die Frauen die Gesellschaft nur dann wirksam beeinflussen können, wenn sie sich organisieren und ihr kulturelles, soziales und politisches Niveau heben.

Das bedeutet:

- 1 - Die Arbeitsgruppen in allen Dörfern, Lagern und Stadtvierteln vervielfachen.
- 2 - Regelmäßige Versammlungen organisieren, um ihr politisches und kulturelles Bewußtsein zu heben und ihnen ihre Rolle und ihre Rechte bewußt zu machen.
- 3 - Zum Aufbau von Gewerkschaftsorganisationen der werktätigen Frauen aufrufen oder sie an den bereits bestehenden Gewerkschaften gleichberechtigt mit den Männern beteiligen.

Artikel 6

Die Union ist der Meinung, daß der Frau eine bedeutende Rolle im Kampf unseres Volkes gegen den Zionismus und für die nationale Befreiung zukommt. Dieser Kampf kann nur zum Erfolg führen, wenn alle menschlichen und materiellen Möglichkeiten (von Frauen und Männern) im langandauernden Volkskrieg gegen Imperialismus, Zionismus und Reaktion eingesetzt werden. Um die jordanischen und palästinensischen Frauen auf die umfassende Beteiligung an diesem Kampf vorzubereiten, muß die Union:

- 1 - den palästinensischen Widerstand mit allen Mitteln unterstützen (Sammlungen organisieren, die Kämpfer und die Familien der Gefallenen unterstützen, das politische Bewußtsein wachrütteln).
- 2 - weibliche Volksmilizen organisieren, die die Frau für die Beteiligung am Kampf und an der zivilen Verteidigung ausbilden; dazu gehört folgendes Arbeitsprogramm:

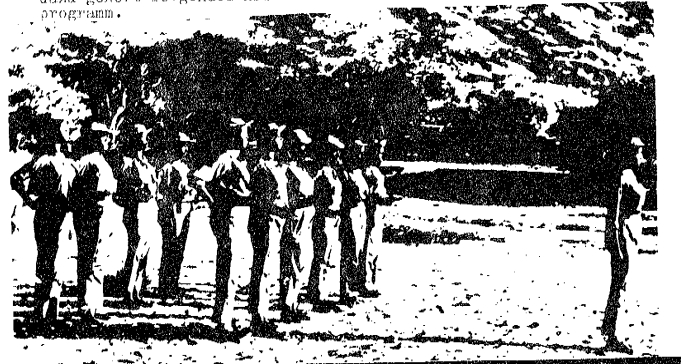
- Militärische Ausbildung
- Organisation des Sanitätswesens und der zivilen Verteidigung
- Beteiligung an der Verteidigung der Dörfer und Lager (Bau von Gräben und Unterständen...)

Artikel 7

Die Union hält die Solidarität der Frauen aller arabischen Länder in ihrem Kampf für nationale und soziale Befreiung und für die Einheitsfront der arabischen Nation für unerlässlich. Ebenso glaubt sie an die immer stärker werdende Einheit der Frauen in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und Imperialismus.

Die jordanischen und palästinensischen Frauen können und müssen eine bedeutende Rolle bei der Verteidigung der gerechten Sache des palästinensischen Volkes in den arabischen Ländern und in der ganzen Welt spielen und ihre Solidarität mit allen Völkern im Kampf für nationale Unabhängigkeit verstärken. Deshalb arbeitet die Union für:

- 1 - die Intensivierung der Beziehungen zu allen ant imperialistischen, fortschrittlichen Frauenvereinigungen.
- 2 - den Austausch von Delegationen mit allen fortschrittlichen Frauenorganisationen in den arabischen Ländern und der ganzen Welt.
- 3 - die Teilnahme an den internationalen Kämpfen der Frauen, soweit deren Ziele mit denen der Union übereinstimmen.



Friedrich Engels: "Die Lage der arbeitenden Klasse in England" - zwergschulergänzungsheft 16, DM -,80, in allen linken Buchhandlungen

Indianische Wollmützen aus PERU 10,- DM, SPIRIT, 1 Berlin 44, Schillerpromenade 18
Bilder - Geschenkartikel - Mode - Schmauck - Bücher - Spielwaren - Dekorationswaren - "DIE FUNNIGHEUTE" 1 Berlin 19, Friedbergstr. 23 telefon 306 12 49

Kleinanzeigen

John Most: "Die Gottespest" - zwergschulergänzungsheft 21/22, DM 1,50, in allen linken Buchhandlungen
Boris Ssawinkow: "Die Ermordung des Großfürsten Sergej" - p.p. quadrat 4, DM 4,80, in allen guten Buchhandlungen

Fabrikräume, 200 qm, in Schöneberg zu vermieten, zentralheiz.
Tel. 7818262
2 Genossen suchen 2 Zimmer, wenn möglich in WG. Kontaktadresse: 1 Berlin 19, Kurländer Allee 2
Tel. 3027258
Suchen für Caspar (15 Monate) Kinder - en. Tel. 2164808
Progressives Musikerkollektiv sucht Übungsraum, wenn möglich Nähe Kreuzberg. G. König, 1 Berlin 61, Solmstr. 18

Sozialistischer Kinderladen Utrechter Straße 31 (nahe U-Bahn Leopoldplatz) sucht 2 1/2 - 3 1/2 jährige Kinder
Tel. 392 54 47 (abends)

AUFBRUF!

Und was sonst noch jeder für die Genossen tun kann, ist Briefe schreiben! Hier gleich die Adressen:
Abt. a/Tege: 1 Berlin 27, Seidelstr. 39
Werner Struwe und Herbert Görke
b) Plötzensee 1 Berlin 13, Heckerdamm 7
Michael Baumann, Michael Paasch
c) Moabit 1 Berlin 21, Altkoabit 12 a
Heinz Brockmann, Renate Sami, Karl-Heinz Wierzejewski, Ulrich Fischer, Hartwig Schnitzlein, Thomas Weißbeker, Dieter Kunzelmann, Ralph Heun, Bernd Scharein

Genossen, dies ist Eure Zeitung! Schickt Meldungen, Arbeitsberichte, Analysen, Dokumentationen, Bericht über Eure Arbeit! Sozialisiert Eure Erfahrungen!
Wir bitten alle Gruppen, die früher mit 883 in Kontakt waren, sich wieder mit der Redaktion in Verbindung zu setzen. Schickt Berichte über Mietwucher, spezielle Ausbeutung! Schreibt uns aus Kinderläden, Schülerläden, Schulen jeder Art, Uni, Lehrwerkstatt und Fabrik! 883 ist nicht das Zentralorgan einer dogmatisch festgelegten Partei oder Splittergruppe - es ist Eure Zeitung. Nutzt sie!
Kontaktadresse: Red. 883 im Soz. Zentrum 1 Berlin 21 Stephanstr. 60 - Meldung hinterlassen! -

SPARTACUS

SONDERHEFT 1
RATE

Nat - Partei - Gewerkschaft
Die Organisationsdebatte in der Zeitschrift der Rätebewegung
Der Arbeiterrot
von 1919 bis 1920
Redaktion: Helmut Bötziger
am 4. --

unser problem muß sein, eine praxis zu organisieren, nicht lediglich theorien für eine praxis zu suchen. eine aufgabe wird als abstrakte möglichkeit eher sichtbar als die konkrete form ihrer verwirklichung. die organisation hat zu vermitteln zwischen theorie und praxis. daher muß jede theoretische richtung oder meinungsverschiedenheit augenblicklich ins organisatorische umschlagen, wenn sie nicht bloße theorie, abstrakte meinung bedeuten will. wenn sie wirklich die absicht hat "den weg zu ihrer verwirklichung zu zeigen."
Georg Lukacz

Die Orientierung an vergangenen Debatten kann vor alten Fehlern schützen!
Eine wichtige Schritt zur Theorie und Praxis der Rätebewegung gestern und heute.

mit einem vorwort von BERND RABEHL
beiträge von
KARL KORSCH,
ERNST DÄUMIG,
RICHARD MÜLLER u. a.





Die Feinde der Palästinenser / SOHEN REVOLUTION, II. Teil

II.- DIE ZIONISTISCHE WELT-BEWEGUNG

Israel ist ein wesentlicher Teil der zionistischen Weltbewegung. Es ist die lebendige Verwirklichung der Idee einer rassistischen, religiösen und reaktionären Bewegung, patroniert vom jüdischen Kapitalismus. Diese Bewegung macht 2,5 Millionen Juden auf der Erde zu Herren Israels...

III.- DER WELTIMPERIALISMUS

Dieses ist ein einziges Territorium Israels und des Weltjudentums. Gemeinsame Interessen und Übereinstimmungen sind ohne Zweifel die Hauptpunkte dieser Allianz. Es wäre absurd, das Thema Israel-Zionismus anzugehen, ohne es in den Kontext einzubeziehen...

...gegen anstößt, die zionistische Broschüre aufzufüllen und von Seiten der zionistischen Bewegung, unterstützt durch das jüdische Kapital, der Plan aufzubauen, Palästina zu okkupieren...

Die Imperialisten helfen Israel dabei mit allen Mitteln. In Reaktion versucht Israel die arabischen Freiheitsbewegungen zu zerschlagen, die die imperialistischen Interessen bedrohen. Eine Analyse der Lage, in der die USA einzig und allein als Gefangene zionistischer Druckgruppen dargestellt wird, wäre falsch...

IV.- DIE ARABISCHE UND PALESTINENSISCHE REAKTION

Die Entlarvung dieser Kräfte als eines der wichtigsten Teile des feindlichen Lagers ist eine politische Frage, die man sich ein für

...und in aller Klarheit stellen und. Dieser Frage auszuweichen würde heißen, eine objektive Realität zu verschweigen, deren Verständnis erst dem Volk erlauben würde ein unverfälschtes Bild des Gegners zu erhalten...

AUF ARABISCHER SEITE:

Die reaktionären arabischen Klassen, Feudalherren und Großbourgeoisie, sind mit dem Imperialismus eng verbunden. Sie sind schuld daran, daß die zionistische und imperialistische Palästina jüdischisiert konnten. Man muß sie nicht linksunvollständig beibringen, den revolutionären Plan des palästinensischen Volkes im Kampf gegen den britischen Kolonialismus und die zionistische Aggression zu brechen...

AUF PALESTINENSISCHER SEITE:

Während der britischen Mandatszeit befreiten sich Feudalismus und Großbourgeoisie einer defätistischen Haltung. Die zionistischen Pläne konnten ohne jede Gegenwehr verwirklicht werden. Auch, nachdem die Balfour-Deklaration die wahren Absichten des Mandatsübersetzters zutage gebracht hatte, weigerten sich die arabischen und palästinensischen Notabeln, Großbritannien Paroli zu bieten...

Diese Notablen waren es auch, die 1936 die Ersten waren, die in Übereinstimmung mit ihren arabischen Nachbarn, die von den Freiheitskämpfern entfachte Revolution erstickten. Sie sprachen von "unserem Freund Großbritannien" der ihr Alliiert sei und der verstehen würde, daß die Palästinenser auch Rechte hätten...

haben die Niederlagen von 1947 + 1967 die Haltung dieser Klassen geändert? Nein! Trotz der Zerstreuung der Palästinenser und trotz der Drohungen die auf dem palästinensischen Volk lasteten, bildete sich wieder eine verwickelte Klassenschicht. Das palästinensische Volk ist nicht durch die Bank revolutionär. Die palästinensische Bourgeoisie hat ihre Interessen und versteht sie zu wahren. Von hier muß man ausgehen um zu verstehen...

Während die Jugend in den Flüchtlingslagern zu den Waffen greift, begannen die Bourgeois mit Dayan, Sasson und anderen Chefs des Landes zu paktieren. Haben die Geschäftsleute nicht immer und mit allen Mitteln versucht, ihr Vermögen ins Trockene zu bringen, diesmal sogar mit dem okkupierenden Staat? Die Großbourgeoisie, die in den besetzten Gebieten loot und mit den Okkupanten kollaboriert ist kein Teil der Revolution. Sie stellt den Kanal, über den der Feind versucht, die Revolution zu ersticken oder auf halbem Weg aufzuhalten...

- 1) Der Kampf um die Befreiung Palästinas wird nicht nur eine Sache der palästinensischen Befreiungsfront sein; auch die nationale Bewegung der arabischen Befreiungsfront wird sich ihr anschließen. Nicht nur aus nationalen arabischen Gründen, sondern auch weil die zionistische Expansion die Rolle des Gendarmen in der arabischen Region spielen will, wird die bewaffnete palästinensische Bewegung als Avant-Garde der bewaffneten Volksbefreiungsarmee betrachtet... 2) Das Lager des Gegners und die Kräfte der Revolution müssen genau definiert werden... 3) Herausstellung der theoretischen revolutionären Arbeit und die Entwicklung der politischen Gedanken mit dem Ziel, alle politisch-revolutionären Elemente zu mobilisieren... 4) Herausstellung der politischen Organisation der revolutionären Kräfte...

Westberliner Buchladen Kollektive



Marxistische Theorie / Psychologie + Padagogik

- Das Politische Buch / 1 Berlin 15, Lietzenburger Str. 99 / Tel.: (0311) 883 25 53 / Buchhandlung Karin Röhrlein / 1 Berlin 12, Savignyplatz 5 / Tel.: (0311) 32 29 85 / Jürgens Buchladen / 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 40 / Tel.: (0311) 769 16 25

Wir arbeiten zusammen / Wir kontrollieren die Profite gemeinsam / Wir bauen Mandarische auf. / Zeitschrift: Das Politische Buch / Psychologie, Erziehung / Buchhandlung Röhrlein / Marxistische Theorie: Jürgens Buchladen / Wir verschicken gemeinsame Literaturlisten

Advertisement for 'Antiautoritäre Sozialisten Rhein-Main'. Features a large stylized 'A' logo and the text 'Antiautoritäre Sozialisten Rhein-Main' and 'Zeitschrift für Theorie und Praxis des Anarchismus, Anarchosyndikalismus und Rätekommunismus'.

GEHEIMPROTOKOLL des

Polizei-Instituts Hilstrup

ARBEITSTAGUNG
über Fragen der Verwendung der
Polizei vom 22. bis 24. Oktober
1969 im Polizei-Institut Hilstrup

Erfahrungsaustausch
über Einsätze der Polizei bei
Demonstrationen und Ausschreitungen

II. TEIL

In der letzten 883 brachten wir einen ersten Auszug über den Erfahrungsaustausch über Einsätze der Polizei bei Demonstrationen und Ausschreitungen. Heute setzen wir die Serie fort mit Ausführungen aus dem Vortrag des Kommandeurs der Berliner Schutzpolizei, WERNER. Seine Einschätzungen und "politischen" Vorstellungen lesen sich zwar gegenüber dem Vortrag des Polizeidirektors LUX, Hamburg, wie ein liebeswürdiges Geschwafel, dennoch ist WERNER interessant für uns, und zwar bezüglich seiner Vergangenheit. Während des Faschismus gelang es ihm, systemkonform als Bulle "tätig" zu sein. Die Beurteilung seitens seiner Vorgesetzten besagen alles. Werner wird zugestanden, daß er es vorziehe, das nationalsozialistische Gedankengut seinen Untergebenen nahzubringen. Werner, SS-Anwärter, Mitglied der NSDAP, Inhaber des Bandenkampfabzeichens und des EK II. Klasse ist heute ebenso systemkonform wie während des Faschismus. Er gehört zu denjenigen, die unter allen Systemen "Pflichterfüllung" als Lebensinhalt begreifen. Damals Nazi, heute Demokrat.



WERNERS LEBENSLAUF:

- 1936 Eintritt in die Schutzpolizei.
- 1939 Obwohl noch nicht Mitglied der NSDAP, heißt es in einer Beurteilung vom 12.7.1939: "Die Grundsätze der Polizei werden von ihm beachtet. Werner bietet die Gewähr, daß er sich jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einsetzt. Er versteht es, nationalsozialistisches Gedankengut seinen Untergebenen zu vermitteln und sie zur vollen Hingabe zum nationalsozialistischen Staat zu erziehen."
- Im gleichen Jahr unter Übernahme in die Gendarmrie zum Oberleutnant der Gendarmrie ernannt.
- 1941 Seit 1. 7. 1941 Mitglied der NSDAP (Nr. 8 390 372).
- 1942 Seit Februar 1942 SS-Anwärter
- 1943 Hauptmann der Gendarmrie beim Kommandeur der Gendarmrie in Saarbrücken. Vom 10. 2. bis 27. 5. 1943 Besuch der Polizeischule für Auslandsverwendung in Oranienburg. Absolventen der Schule waren für den Einsatz in den Kolonien vorgesehen. Mit Wirkung vom 1. 8. 1943 als Kompanieführer zum Kommandeur der Gendarmrie für den Generalbezirk Nord-Kaukasien - eingesetzt in Ukraine - abgeordnet.
- 1944 Ab 1. 3. 1944 zunächst Kompanieführer im Einsatzkommando "Bürger" beim SS- und Polizeiführer Oberitalien-Mitte, dann 1a-Offizier beim SS- und Polizeiführer Oberitalien-Mitte bis Anfang 1945.

1945 Noch im Januar 1945 wurde eine Beförderung zum nächsthöheren Dienstgrad befürwortet und Werner für eine Generalstabsausbildung vorgesehnen.

Nach 1945: Ohne große Unterbrechung wurde Werner bereits im Herbst 1945 durch die britischen Besatzungsbehörden wieder in den Polizeidienst übernommen und in der von ihnen errichteten Polizeischule Hilstrup zur Ausbildung von Polizeifachlehrern geschult. Über die Polizeischule Düsseldorf kam er schließlich wieder zum Polizei-Institut Hilstrup zurück und wurde dort Stellvertreter des Schulleiters.

Im April 1962 wurde Werner durch den damaligen Polizeipräsidenten Duensing als Kommandeur der Schutzpolizei nach West-Berlin geholt. Werner arbeitete weiter am Polizei-Institut Hilstrup mit und publizierte in der Zeitschrift "Die Polizei". 1967 leitete Werner den Einsatz beim Schah-Besuch in Berlin. Bei diesem Einsatz wurde der Student Benno Ohnesorg von einem Untergebenen Werners ermordet.

Wir stehen Einsatzformen gegenüber, die uns zwingen, uns immer etwas neues einfallen zu lassen, damit wir mit dem, was auf uns zukommt, überhaupt noch fertig werden können. .. Wir alle haben unser Lehrgeld bezahlt und werden, davon bin ich überzeugt, auch in der Zukunft noch "draufzahlen müssen".

Letzten Endes geht es auch für uns immer um eine doppelte Aufgabe: einerseits, das Recht auf Demonstration zu wahren und zu schützen, wo es aus übergroßer Ängstlichkeit oder aus falscher Wertung der Freiheitsrechte unzulässig verkürzt wird; andererseits, die Grenze aufzuzeigen, wo die Berufung auf dieses Recht zum Mißbrauch führt und wo Demonstration die Weisheit von Rosa Luxemburg mißachtet: "Daß Freiheit immer auch Freiheit für den anderen ist". Auch Andersdenkende in der Demokratie können verlangen, gegen gewaltsame Beherrschungsversuche geschützt zu werden, zumal Gewalt ist sie erst einmal freigesetzt, sich der Kontrolle ihrer Initiatoren leicht entzieht.

Die Polizei ist verpflichtet, wenn sie nicht von Demonstranten zum harten Einsatz gezwungen wird, großzügig und tolerant zu sein. Es ist einfach unangemessen, eine friedliche Demonstrantengruppe, die sich zu einem sit-in auf dem Kurfürstendamm am Kanzlerack niederlassen hat und den Verkehr behindert, mit dem Schlagstock auseinander zu jagen. Streitbare Auseinandersetzungen sind keine Krise, sondern so normal wie das Ein- und Ausatmen. Dieses System braucht den beteiligten Bürger, der nicht in eine fertig vorgegebene unbefriedigbare Ordnung hineinwächst, sondern der als Chance und Auf- ruf empfindet, diesen seinen Staat überhaupt erst mit zu erzeugen.

Rosa Luxemburg/Karl Liebknecht: Demonstration am 18. 1. 1969:

Auf einer vorbereitenden Sitzung des Organisationskomitees am 14. Januar wurde der Vorschlag des SDS-Funktionärs Eike Hammer begrüßt, die Demonstration an dafür geeigneten Punkten "umzufunktionieren" und bei Zusammenstößen mit der Polizei eine militante Haltung einzunehmen, wobei von einzelnen auch der Einsatz von Steinen und Molotow-Cocktails befürwortet wurde. Auswirkung des Psychologen Seit über 2 Jahren steht uns der Dipl.-Psychologe Dr. Schubenz von psychologischen Institut der FU als beratender Psychologe zur Verfügung, und wir können nur sagen, daß wir mit ihm die besten Erfahrungen gemacht haben.

Polizeiliche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Aufgrund der Erfahrungen aus dem 2. Juni 1967 wurde ein langjähriger Zeitungsjournalist als Leiter der Pressestelle der Polizei angestellt. Dies hat sich außerordentlich bewährt. Intime Kenntnis nicht nur aller Belange der Publikationsorgane, sondern auch langjährige persönliche Bekanntschaft mit Redakteuren und Reportern des Rundfunks, der Zeitungen und des Fernsehens sowie der Agenturen haben in Berlin der Pressestelle ein großes Wirkungsfeld erschlossen. Ein ständiger Informationsfluß von der Polizei zu den Publikationsorganen ist gewährleistet und die Zusammenarbeit ist so gut, daß endlich auch die Polizei auf diesem Gebiet vom bloßen Reagieren zum Agieren übergegangen ist. Die Folge ist die oft genutzte Möglichkeit, bereits vor Einsätzen bestimmte Informationen an die Presse zu geben, um dadurch von vornherein aus der öffentlichen Meinung Dampf abzulassen.

Polizeiliche Taktik bei den letzten Einsätzen
Höchste Flexibilität und Mobilität "auf den Fersen bleiben"
"Manndeckung"
Kräfte in Seite und Rücken bereitstellen
Stärke demonstrieren
massiver Objektschutz, evtl. unter Verwendung von Stacheldraht
Bewachung
Die Festnahme von Straftätern
Frühere Erfahrungen, insbesondere aus Strafverfahren nach den Ostererfolgen, haben gezeigt, daß Straftäter häufig nicht überführt werden können, weil nicht von vornherein alle verfügbaren Beweise gesichert wurden. Dazu haben wiederholte Besprechungen mit der Staatsanwaltschaft stattgefunden, um die vorhandenen Mängel abzustellen.
So hatte sich beispielsweise gezeigt, daß von den festnehmenden Beamten, die den Täter beobachtet hatten, die vorgeschriebenen Festnahmeprotokolle nicht oder unvollständig ausgefüllt wurden. Die Folge war, daß nicht festgestellt werden konnte, warum die Festnahme durchgeführt worden war oder wer als Zeuge für die Straftat in Frage kam.
Ergebnisse: Freisprüche oder Einstellungen durch die Staatsanwaltschaft.
Ähnliche Erfahrungen hatten sich bei anderen Gelegenheiten, z.B. auch mit Lautsprecherdurchsagen ergeben. Diese waren nicht unter Angabe der Uhrzeit auf Tonband festgehalten worden, so daß sich im Strafverfahren angesichts unterschiedlicher Zeitangaben keine genaue und zu Anklagen ausreichenden Feststellungen mehr treffen ließen.

Der H- und Polizeiführer
- Oberitalien-Mitte -
- 11a/b -

O.U., den 9. November 1944.

21. NOV. 1944
1 (Oder)

An den Regierungspräsidenten
(2) in Frankfurt a/Oden

Betrifft: Verleihung des Bandenkampfabzeichens an den Hauptmann d.Gend. Hans-Ulrich Werner

Dem Hauptmann d.Gend. Hans-Ulrich Werner wurde mit Wirkung vom 5. November 1944 vom Höchsten H- und Polizeiführer in Italien das Bandenkampfabzeichen I. Stufe (Bronze) verliehen und am 9. 11. 1944 ausgehändigt. Die begleitende Abschrift der Bescheidurkunde füge ich bei und bitte diese zu den Pers.-Akten des Hauptmann W. nehmen zu wollen.

Im Auftrage:

Karl
Oberleutnant d. Beschl.-d. Bes. und Adjutant.

Schließlich hatten sich auch Standfotos von Zwischenfällen als ungeeignete Beweismittel erwiesen, denn einmal ist der zeitliche Ablauf aus Standfotos nicht zu ersehen, zum anderen läßt sich oft auch mit großer Mühe nicht mehr feststellen, ob der Demonstrant einen Polizisten schlägt oder für den anderen evtl. eine Notwehrsituation gegeben war. Diskussionskommando
Mit dieser Gruppe wollten wir die Skala der Einsatzmittel der Polizei um ein weiteres milderes Mittel in Hinsicht auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel erweitern.
Die anfänglich auf drei Wochen festgesetzte Ausbildungszeit mußte durch die Fülle des Lehrstoffes und durch Einsatzunterbrechungen auf 6 Wochen verlängert werden. Hauptrichtungen der Unterrichtsthemen waren:
a. Grundlagen der modernen Menschenführung
b. Einführung in die Psychologie im Hinblick auf das spätere Tätigwerden und
c. das breite Spektrum aller allgemeinen politischen Fragen in der besonderen Zielsetzung einer späteren Diskussion mit Studenten.
Durch die Sonderausbildung und das Gefühl, in einem erstmaligen Experiment der Berliner Polizei mitzuwirken, konnte vereinzelt elitäres Denken und mangelnde Selbstdisziplin in der Gruppe festgestellt werden.
Aus Mangel an Information, die zeitlich nicht immer möglich war, verurteilten einige mit dem Diskussionskommando eingesetzte Polizeikräfte das Diskussionskommando wie folgt: "Esch müßte man entlassen", "Ihr seid ja keine Polizisten mehr", "Kommunisten",

"Totengräber der Gesellschaft", "Kapitalistengruppe", "Ihr Sonntagspolizisten", "Ihr seid nur sonntags da, und wir machen die Dreckerarbeit", "Drückberger", "Ihr seid ja schon unfunktioniert" und ähnliche Äußerungen.
Die Selbstverständlichkeit, daß diese Kollegen trotz der Zugehörigkeit zum Diskussionskommando gleichwertige Polizisten sind, wenn es die Situation erfordert, ebenso mit Schlagstock und Schutzhelm einschreiten, wurde von einigen Kollegen wiederholt bezweifelt, und es ist schwierig, diese Vorurteile endgültig abzubauen.
Das Ziel, die Polizei den Studenten gegenüber als Menschen und durchaus kritische Staatsbürger darzustellen und nicht als homogene Masse unkritischer Büttel des Staates, ist durch den Einsatz des Diskussionskommandos erreicht worden.
Für eine Demokratie ist das Gespräch der Menschen untereinander zur Lösung politischer Fragen das ethisch beste Mittel. Der Staat sollte daher sein Gewaltmonopol nur unter Auflegung strengster Maßstäbe so selten wie möglich anwenden.
Nach diesen guten Erfahrungen haben wir mit gehabt, einen 2. Zug für das Wintersemester zusammenzuführen.
Gespräche zwischen Polizeiführung, oberster Dienstbehörde, Universitätsprofessoren und Akademiedirektoren.
Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters und Innensenators wurden in regelmäßigen Abständen die Rektoren und Dekanatsleiter sowie die Akademiedirektoren zu eingehenden Gesprächen eingeladen. Mit dem Ergebnis, daß man eine immer bessere Plattform für die praktische Arbeit in den Universitätsgeländen gefunden hatte.

Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft
Wir sind heute so weit, daß Staatsanwälte bereits bei Einsatzbesprechungen dabei sind, wenn mit besonderen strafbaren Ausschreitungen zu rechnen ist. Darüber hinaus hat sich die Staatsanwaltschaft einen ständigen Bereitschaftsdienst eingerichtet, durch den während 24 Stunden täglich 2 Staatsanwälte der politischen Abteilung jederzeit für den Fall polizeilicher Einsätze telefonisch abgerufen werden können.

Mobilis Fernsehen
Die Berliner Polizei verfügt seit dem 17.1.69 über eine mobile Fernsehübertragungsanlage für den faktischen Einsatz. Die Fernseh-anlage auf Spezialfahrzeug ist von der Firma Siemens geliefert und montiert worden. Die Kosten dieser Anlage 250.000,-- DM. Mit einem Bildaufzeichnungsgert kann das Geschehen am Einsatzort im Bild festgehalten werden. Damit steht ein wertvolles Hilfsmittel zur Einsatzauswertung zur Verfügung. Die Aufzeichnungen können auch als Beweismaterial im Strafverfahren dienen. Aus taktischen Gründen erforderlich werdender Standortwechsel dauert einschließlich Abbau, 0,5 km Fahrt und Aufbau nur 35 Minuten.

Beim Einsatz wurden Reichweiten bis zu 20,8 km erzielt. Damit steht fest, daß die Übertragung von fast jeder Örtlichkeit Berlin möglich ist. Schutzschilde
Nachdem wir uns nach den Osterereignissen des Jahres in Berlin provisorisch 200 Schutzschilde über Nacht durch die Bereitschaftspolizei haben anfertigen lassen, hat Berlin nach dem Gutachten der technischen Kommission 500 dieser Schutzschilde in Auftrag gegeben. Einzelpreis ca. 80,-- DM. Ich bin mir darüber im klaren, welche zusätzliche Belastung der Beamten mit der zusätzlichen Verwendung dieser Schutzschilde gegeben ist, doch sollten wir meines Erachtens nichts unterlassen, was der Gesundheit der Beamten förderlich ist.

Probleme im Zusammenhang mit Strafverfahren
Hierzu muß gesagt werden, daß die Verteidigung des "Demonstranten" in der Hand einiger weniger, selbst der APO angehörenden Anwälte (Anwaltskollektiv), insbesondere des bekannten RA Mahler liegt. Diese bedienen sich aller Mittel, um durch eine Verunsicherung der als Zeugen vernommenen Beamten Freisprüche ihrer Mandanten zu erwirken. Dazu stehen ihnen nicht nur die von studentischen Ermittlungsausschüssen zusammengestellten Unterlagen - Fotos, Filmaufnahmen, Zeugenaussagen - gegen Polizeibeamte zur Verfügung, sondern auch die in einer Fülle von Strafverfahren gegen Demonstranten und Polizisten gewonnenen Kenntnisse, die kartellmäßig festgehalten und in anderen Verfahren ausgewertet werden. So werden z.B. Zeugen der Polizei in einem bestimmten Verfahren Aussagen von der Verteidigung vorgehalten, die nie in einem anderen mehreren Verfahren gemacht haben und die überhaupt nicht Bestandteil der Akten sind. Diesem Vorgehen gegenüber sahen sich die Beamten oft hilflos ausgeliefert, zumal auch Richter "leider" nicht immer das ihre zur Wahrung der strafprozessualen Rechte der Zeugen taten und der Staatsanwaltschaft häufig die Hände gebunden waren.

Das sich im Laufe der Zeit eine erhebliche Neurückbildung in der Beamenschaft bemerkbar machte, wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß in der Zeit vom 2. Juni bis November 68 noch unseren - sicher nicht ein mal ganz vollstündigen - Unterlagen insgesamt 436 Beamte als Zeugen in Hauptverhandlungen vernommen worden sind, darunter eine ganze Reihe mehrfach.

Diese Unruhe wurde zum Ausdruck gebracht durch den Wunsch nach stärkerem Schutz durch den Dienstherrn, durch einen Anti-Mahler, d.h. einer anwaltlichen Beratung der Zeugen. Hierfür bestand natürlich aus strafprozessualen Gründen für die Polizeiführung keinerlei Möglichkeit.
In dieser mißlichen Lage ist uns eine große Hilfe durch die Staatsanwaltschaft zuteil geworden. Denn mit Zustimmung des Generalstaatsanwalts beim Landgericht haben sich Staatsanwälte der mit diesen Verfahren befaßten politischen Abteilung bereit erklärt,

in Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen mit Polizeibeamten die Rechtsstellung des Zeugen darzulegen, den prozessualen Gang des Verfahrens und seine Notwendigkeiten zu erläutern und den Beamten praktische Hinweise für ihr Auftreten vor Gericht und ihr Verhalten gegenüber der Verteidigung zu geben. Ein weiteres Problem stellten die gegen Polizeibeamte eingeleiteten Strafverfahren dar. Dies insbesondere deshalb, weil die bereits erwähnten Ermittlungsausschüsse der APO immer mehr dazu übergegangen sind, systematisch Strafverfahren gegen Polizisten in Gang zu setzen, um die Polizei zu "vorursichern".

Wir traten an mehrere bekannte Rechtsschutzversicherungen mit der Frage heran, ob der gewünschte Rechtsschutz unserer Beamten nicht durch den Abschluß einer Rechtsschutzversicherung gewährt werden könne. Das Echo war erstaunlich positiv. Am 21. März d.J. konnte von der Polizeibehörde ein Vertrag unterzeichnet werden, durch den allen Beamten der Vollzugspolizei (Schutz- und Kriminalpolizei) ab 4. März 1969 auf Kosten der Behörde Rechtsschutz gewährt wird. Den insgesamt versicherten 15000 Beamten wird danach bei freier Anwaltswahl Rechtsschutz gewährt: - für die Verteidigung in Strafverfahren wegen fahrlässiger Verletzung von Strafgesetzen einschließl. der Fälle unverschuldeten oder verschuldeten Verbotswidrigs, - für die Verfolgung von Schadensersatzansprüchen wegen Sach- und Körperbeschädigung gegen Dritte bis zur Höhe von Kosten und Auslagen von 25.000,-- DM je Schadensfall durch alle Instanzen einschließl. der Kosten für die eigene und fremde Nebenklage.

Wir müssen uns damit abfinden, daß diese Unruhe, mit der wir es jetzt zu tun haben, in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr aufhören wird. Wir müssen uns daran gewöhnen und darauf einstellen. Mit dem Knüppel können wir bestimmt nicht dazu beitragen, daß diese Dinge einmal in die richtige Bahn gelenkt werden. Wir müssen uns immer wieder etwas neues einfallen lassen. Denn: Die Generationsprobleme der Jugend sind politischer und gesellschaftlicher Natur. Die Polizei ist weder berufen noch in der Lage, Probleme dieser Art zu lösen.

ANARCHISTEN - FASCHISTEN

Vor gut einem Monat wurde in den Buchladen der frankfurter Genossen ein Mollis reingeworfen. "Libresso" brannte zwar nicht ab, aber bei den dort arbeitenden Genossen brannte etwas durch. Wir riefen direkt nach Bekanntwerden des Brandanschlages bei ihnen an. Der Genosse am Telefon wußte, wer es gewesen war: die ANARCHISTEN. Auf unsere erstaunte Frage, wieso gerade die Anarchisten bei Genossen einen Mollis reinwerfen sollten, kam die lapidare Antwort: "Anarchisten machen derartige reaktionäre Aktionen. Anarchisten werfen Bomben". Unser Erstaunen blieb, und der Genosse zetzte weiter: "Nur Anarchisten sind darauf feige und hinterlistig. Wenn Faschisten etwas gegen unseren Laden oder gegen uns persönlich hätten, dann kämen sie in den Laden und würden alles kurz und klein hauen. Die Würden sich mit uns prügeln." So also die Logik der frankfurter Genossen.
Daß zarte intellektuelle ein kaputt Verhältnis zur Gewalt haben, ist uns inzwischen schon klar geworden. Daß man allerdings ein fest kameradschaftliches Verhältnis zu den Faschisten in bezug auf die Gewalt entwickelt, irritiert uns nun doch. Ein Mollis ist hinterhältig; eine handfeste Prügelei unter politischen Gegnern dagegen ist für die Libresso-Genossen ein fair play.
Daß es die Anarchisten nun doch nicht waren, wird höchstwahrscheinlich die Genossen maßlos erstaunen. Na ja, vielleicht ist ihr Anarchismus-Begriff doch nicht ganz intakt.

Brandanschlag auf Bücherstube

Einer der drei Täter gefaßt / „Gegen Kommunisten und Linke“

In der Nacht zum Montag gegen ein Uhr verübten drei Männer einen Brandanschlag auf die Bücherstube „Libresso“ am Opernplatz. Wie die Polizei mitteilt, wurden die Eingangstür und Teile der Inneneinrichtung durch Benzin in Brand gesetzt. Die Höhe des Sachschadens ist noch nicht genau fest. Unmittelbar nach dem Anschlag konnte einer der Brandstifter in der Nähe der Bücherstube gestellt und festgenommen werden. Der Täter, ein 39 Jahre alter Arbeiter aus Frankfurt, trug bei der Festnahme eine scharf geladene und entscherte Pistole vom Kaliber 7,65 bei sich. Er gab zu, daß er Benzin durch den Briefkastenwächter der Bücherstube geschüttet und dieses mit einem Streichholz angezündet hat. Über seine beiden Komplizen, die flüchten konnten, machte er keine Angaben.

Bei der Durchsuchung der Wohnung des Arbeiters fand die Polizeibeamten ein Kleinuhrgehäuse mit Munition, zwei Sturmpistolen und eine Ballenpelle. Als Motiv für den Brandanschlag gab der Festgenommene an, daß er „gegen alle Kommunisten und Linke“ kämpfen wolle.

Teestube
Galerie Gellhaus
BAYREUTHER STR. 6
13 SORTEN
TEE
WAS WITTENBERG PLATZ
warme Küche
Zwiebel Suppe

DER ROTE PUNKT
Bier 0,4l 1,10
Suppe 1,20
Stulle ab 1,40
Kloster 1,60
MANSTEINSTR. 13
Gegenüber Leydicke

oma's schnaps + bierhaus
eine überneipe in monat
quitzowstr. 137
schmalen-
brunn + harry

Arbeiterpolitik
INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK
Bestellungen:
Margret Dahlmann, 28 Bremen, Ad.-
minim. str. 137
Jahresabo. 5,-
Postsch. eck. l. d. H.
Hamburg 336

Der H- und Polizeiführer
..... den 29.7.1968
Dr. Rüdiger von dem Bismarckstr. 20
10117 Berlin

Beurteilungsprotokoll
über den
Hauptmann GÜNDEL, Hans-Wilhelm, H.S.F.R.G.F. 19. Sept. 1919
(Dienstgrad) (vormal. Zuname) (Vaterdienstgrad)
Spezialstandort: VERPFLICHTET
NABAR, auf dem 1.7.1969 1. Februar 1962 (Hauptberuflich)

A. Verwendung an der Dienststelle
von 7.00 bis 1.00 Uhr
B. Familienverhältnisse

Der Höchst- SS- und Polizeiführer
an Stelle des
Hauptmannes GÜNDEL, Hans-Wilhelm

O.B., den 24. Januar 1948
v. Klamm
SS-Obergruppenführer
und General d. Pol.

HABAKUK'S Gartenlaube
1 BERLIN 61
GNEISENAUSTR. ECKE SOLMSSTR.
U-BAHN GNEISENAUSTR. MEHRINGSDAMM
BUS 19,24,28
Jazz folklore spezial musik
UNSERE KÜCHE
IST AB 20⁰⁰UHR GEÖFFNET
TÄGL. AB 14⁰⁰UHR AUSSER MONTAG



DER BOSS hatte sich was ausgedacht, er sollte einfach zu, als sich ihm ein Fotograf näherte. Das tut man nicht ungegrüßt.

SPIEGEL: Die Verachtung der Konsumgesellschaft äußert sich seit einiger Zeit auch darin, daß immer mehr Jugendliche sich weigern, bei Rockkonzerten Eintritt zu bezahlen. Sie reißen die Barrieren nieder und dringen ohne Karten ein.
JAGGER: Ich habe nichts dagegen. Es sollte viel mehr kostenlose Konzerte geben. Das Problem dabei ist nur, wie man dazu eine Unmenge Leute ihre Gage verzichten. Was wollen Sie denn Sie ihren Zeit gelte haben? Halbes, Transport, Vorverkauf, Ordner — das alles kostet sehr viel. Bei Freizeitanlagen — Toiletten zum Beispiel — herbeigeschafft werden. All diesen ungeheuren Arbeits- und Zeitaufwand. Wenn jemand 5000 Kilo Scheits spendiert, bin ich bereit, solche Konzerte kostenlos zu arrangieren. Ich habe genug Geld.

SPIEGEL: Bei Ihrem „Free Concert“ lediglich die Welt-Fernsehrechte teuer bezahlt. In Altamont, Kalifornien, kosteten die Statisten für einen Film.
JAGGER: Mit unserer Hyde-Park-Veranstaltung haben wir nicht viel für den Film, für den nicht nur in Altamont, sondern auf der ganzen Tournee wird, ist noch längst nicht klar.
SPIEGEL: In Altamont haben Sie als Truppe „Hell's Angels“ engagiert. Ergebnis: Terror, Brutalität, Mord.
JAGGER: Als ich verpflichtet wurde, mich was ich über 1500 Kilometer vom Pariser, ich hätte dort sein müssen. Das Konzert wurde von Leuten in San Francisco organisiert, denen ich völlig vertraut habe, denn ich kannte die Stadt in nicht. Das war falsch. Wir alle, auch die anderen Bands aus San Francisco, fühlen uns verantwortlich für die schrecklichen Ereignisse. Die freien Konzerte in San Francisco sind diesen Konzerten immer sehr nett, zeigen, daß sie immer noch die Leuten kenn, zwangsläufig „Hell's Angels“ waren, als die man sie früher kannte.

SPIEGEL: Die „Hell's Angels“ haben auch Präsident Johnson gefeuert, Studentenzuständen in Berkeley niederkutschten.
JAGGER: Ja, sie entwickeln sich aus und die Straßen-Konkurrenz haben ihren LSD gegeben um sie so zu integrieren. Es half nichts. Das Poster ist bestimmt nicht allein mein Fehler, aber ich fühle mich in gewisser Weise doch verantwortlich, weil ich das Konzert nicht einfach abgesagt habe.

SPIEGEL: Sie sind allerdings wohlhabender genug, Ihr Leben so einzurichten, wie Sie wollen. Der größte Teil Ihrer Fans dagegen muß täglich in die Schule, ins Büro, ins Fießband.

JAGGER: Das Geld hat mich nicht verändert, ich nehme's und gebe's aus. Sehen Sie, in Europa haben wir alle genug zu essen. Das Wichtigste ist, daß man gewissen Arbeit und Spiel heitern grundlegenden Unterschied macht.

SPIEGEL: Wie stellen Sie sich das in einer Fabrik vor? Dort kann man nicht den ganzen Tag spielen.

JAGGER: Man braucht ja nicht in einer Fabrik zu arbeiten, wenn man nicht will.

SPIEGEL: Wie bitte?

JAGGER: Man braucht keine Volkswagen herzustellen. Ich brauche keine Volkswagen. Es gibt viel zu viele Volkswagen. Solange die elementaren Lebensbedürfnisse befriedigt sind, ist alles andere mehr oder weniger Luxus. In Amerika können Hunderttausende die Arbeit am Fießband ab. Sie würden lieber betteln gehen. Ithru machen es einfach mehr Spaß zu schmiedern, den Acker zu bestellen oder Mattheuna anzubauen.

Jimi Hendrix erstirbt
 London (AP). Der amerikanische Pop-Gitarrist Jimi Hendrix ist nicht, wie bisher angenommen, an einer Überdosis Rauschgift gestorben, sondern nach einer Schlafmittelvergiftung erstickt. Ein Londoner Pathologe, Professor Donald Teate, behauptete am Montag, Hendrix habe die womögliche Dosis Schlafmittel eingenommen und sich dann erhängt. Er sei durch Verschlucken des Erbrochenen erstickt. Es hätten sich keine eindeutigen Hinweise darauf ergeben, daß der Musiker Selbstmord begangen wollte, oder giftig-ständig war. Die deutsche Freundin Hendrixs, die Eislaufenin Monika Danneman, sagte vor einem Untersuchungsrichter aus: Hendrix sei sehr erschöpft gewesen und habe starke Schlafmittel benötigt. Davon, daß er starke Rauschgift genommen habe, sei ihr nichts bekannt. Er habe in der gemeinsamen Wohnung lediglich Haschisch geraucht.

Altamont-Rennbahn (San Francisco), USA, 6. Dezember 1969 - ein free-love und peace-festival. Die Stones sollen kommen. 300 000 Leute sind gekommen, um einen Tag des Friedens zu erleben. Sie erlebten einen Tag der Grausamkeit und der Brutalität.
 Die Stones hatten die Hells Angels (eine besondere Art von Rockern) als Ordner angeheuert. Belohnung: 500 Dollar in Bier. Die Angels führten mit ihren schweren Motorrädern durch die dichtgedrängte Menge, ohne Rücksicht auf die Leute zu nehmen. Sie griffen einzelne Leute heraus und schlugen sie mit abgegebigen Billardstöcken, Fahrradketten und brutalsten Karateschlägen krankenhausauf. Das Ergebnis: 700 Verletzte, 19 Ärzte und 6 Psychiater behandelten unzählige Horror-Trips. Den traurigen Höhepunkt brachte der Auftritt der Stones. Gerade als sie „Sympathy for the devil“ spielten, entstand direkt auf der Bühne ein Tumult.
 Ein Zeuge berichtet: Ein fetter, öliger Hells Angels zieht den Neger an Haaren und Ohren. Licht, weil ihm das Spaß macht. Der Schwarze, Meredith Hunter, verarscht, sich loszureißen. Der Hells Angels drischt ihm ins Gesicht. Der Neger fällt in die Menge. Vier Angels ihm nach. Einer erwischt ihn. Zieht ein langes Messer und sticht es ihm in den Rücken. In panischer Angst zieht der Neger einen Revolver aus der Tasche und fuchtelte damit in der Luft herum. Einer der Angels entreibt ihm den Revolver und sticht ihm erneut in den Rücken. Der Neger fällt auf die Knie, rafft sich auf. Fällt wieder. Der Angel von vorher packt ihn bei den Schultern und drischt ihm ins Gesicht, vier, fünf Mal. Einer tritt ihn in die Seite. Der Angel nimmt einen der metallenen Abfaller und bearbeitet seinen Kopf damit. Macht dann mit den Füßen weiter. Und dann kommt der fette Typ, der das Ganze angefangen hat und steift sich auf den Kopf des Negers, vielleicht eine Minute lang. Ein Angel sagt: „Rührt ihn nicht an, er stirbt sowieso. Laßt ihn sterben.“

Die Stones hatten kurz unterbrochen. Mick Jagger sagte: „Was ist denn da los? Jemand verletzt?“. Es PASSIERT IMMER ETWAS LUSTIGES, WENN WIR MIT DIESEM STÜCK ANFANGEN!“ - Dann splosten sie weiter, als sei nichts geschehen. Für den 1/2stündigen Auftritt am 6. 12. 1969 in Altamont kassierten die Stones 1 200 000 Dollar. Woher kommt das Geld? Von uns! Simon und Garfunkel hatten 1969 ein Jahreseinkommen von 14 000 000 DM. Woher kommt das Geld? Von uns!
 Hendrix kassierte für die Auftritte in der Deutschlandhalle und auf Fehmarn je 60 000 DM. Woher kommt das Geld? Von uns!
 Woher haben wir das Geld? Wir arbeiten für 5 DM pro Stunde (selbst das verdienen nur sehr wenige). 8 Stunden am Tag. Das sind 10 000 DM in 1 Jahr. Wir brauchen also 480 Jahre für 4 800 000 DM. Das kriegen die Stones in 1/2 Stunden!
 Marx sagte vor 100 Jahren: Kaum verläßt der Arbeiter die Fabrik, so stürzen sich gleich die anderen Ausbeuter auf ihn und reißen ihm sein sauer verdientes Geld aus der Tasche. Mick Jagger sagte in einem Interview: „Marx sagt uns nichts mehr. Wir brauchen mal wieder was Neues.“ Was denn? Etwa Mick Jagger? Stones? Pop und Peace-Geplapper? Eine neue Religion?
 Jagger sagte auch: „Wir müssen die Gesellschaft verändern. Ich bin aber gegen Gewalt“. Auch Fritz Rau (Konzertagentur Lippmann und Rau) sagte, er sei gegen Gewalt „In jeder Form“. Diese feinen Leute propagieren gerne den Spruch von der „Gewaltlosigkeit“.

Bei einer Demonstration in Kent (USA) steckt ein Mädchen eine Blume in das Gewehr eines Soldaten. Eine halbe Stunde später hat dieser Soldat mit diesem Gewehr einen Studenten abgeknallt.
 Mit Disketten kann man keine Gewehre verstopfen!
 Mit Diskussionen kann man keinen Bulienknüppel stoppen!
 Mit Peace und Love keine Napalmbomben aufhalten!
 Wie kann man verhindern, daß die feinen Herren Stones, Lippmann und Rau, Krupp, Siemens, Oetker, Rockefeller usw. durch unsere Arbeit die fetten Millionen verdienen?

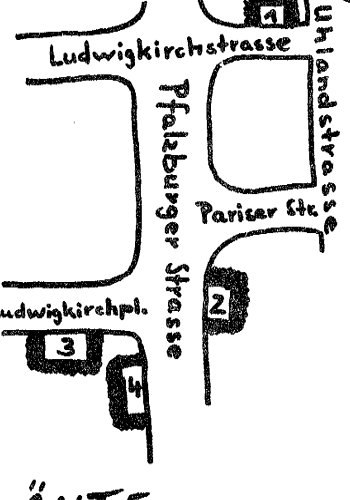
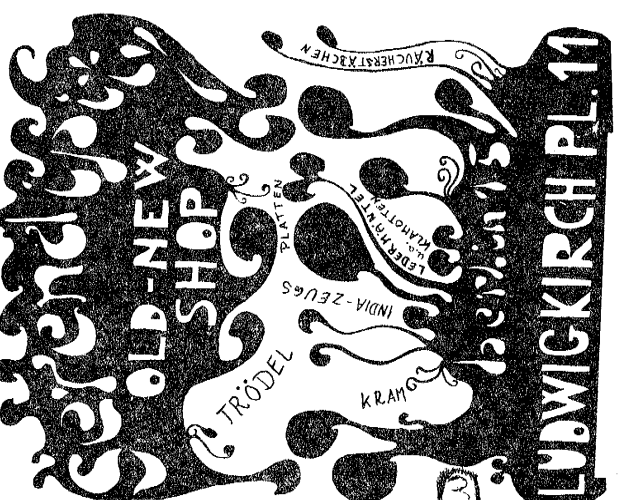
DER FEIND WIRD NICHT VON SELBST UBERGEHEN!
 Weder Stones, Krupp, Rockefeller noch Ihre gekauften Handlanger werden freiwillig von der Bühne der Geschichte abtreten!

LET THEM BLEED!

SPIEGEL: Mr. Jagger, wenn die „Rolling Stones“ spielen, kommen in Ihren Schließlichtern erstrahlen Sie und Revolution.
JAGGER: O nein, ich sinne nicht von Revolution.
SPIEGEL: In Ihrem Song „Street Fighting Man“ heißt es: „Die Zeit ist Zeit für fighting in the street“ — die Zeit ist weit, in den Straßen zu kämpfen.
JAGGER: Aber es heißt dann weiter: „What can a poor boy do, except sing it in a rock'n'roll band?“, „Was können Sie tun außer singen?“
SPIEGEL: Glauben Sie wirklich, daß es reicht, über die Revolution nur zu singen?
JAGGER: Wir tun das ja gar nicht. Anders sehr politisch geworden. Die äußern sich in ihren Songs sehr direkt zum Vietnam-Krieg. Wenn ich in Amerika bin, fühle ich mich gleichfalls ganz anders, nach England, ist alles ganz anders. Man ist ein viel besserer Mensch, hat man einen viel größeren Abstand von den politischen Ereignissen und schreibt sich anders darüber.

KAFFEEHAUS MARKT

BERLIN 15, Pfalzburger Str. 76
 (Ludwigkirchplatz)
 Tägl. geöffnet von 10-22h
 Duffles Frühstück für 3,-Mk.
 bis 22h
 LESEMAPPEN & ZEITUNGEN
 12 u. 18h prima Glockenläuten



REICHSKABARETT UND EX HOPP BERLIN
 BERLIN 15 Ludwigkirchstr. 6 Tel. 881 08 17
 Täglich 20 Uhr-außer Montags-Bier bis 3 Uhr
 Theater für Kinder im Reichskabarett
 Mugnog - Kinders!
 Freitags - Samstags - Sonntags - Beginn 16 Uhr



ÄNTE